

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementpreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.  
Nichtverbandmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
Leipzig  
Seifner Straße 32, IV., Volkshaus  
Telephonruf 7505.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einspaltige  
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen  
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 37.

Sonnabend, den 13. September 1913.

17. Jahrgang.

## Inhalt.

**Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.** — Der alternde Arbeiter. — Die Internationale Baufach-Ausstellung in Leipzig. XII. — Die neuen Militärbauten — für die Christen. — Aus der Pfistersteinindustrie im hiesigen Schwarzwalde. — August Bebel als Sozialpolitiker. I. — Zum Bauarbeiterschutz. — Christlicher Familienterror. — Korrespondenzen. — Bekanntmachungen des Zentralverbandes. — Rundschau. — Mitteilung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Veränderungen. — Verfammlungsstatuten. — Briefkasten. — Anzeigen.  
Beilage: Wirtschaftskrise und Gewerkschaftstatistik. — Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1912. II. — Der Generalstreik der Chartistenbewegung in England. I. — Unsere Justiz. VII. — Interessante Vorgänge im Ruhrgebiet. II.

## Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Über alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

**Sperren:** Tiefenbach: Firma Kauscher. — Münster: Kunststeinwerk Schöb. — Hornberg: Das hiesige Granitwerk. — Beuthen: Firma L. Rosenthal.

**Rüthen (Westfalen).** Die Kollegen bei der Firma Reuter sind am 28. August in den Streik getreten.

**Zwingenberg (Hessen).** Die Firma Rütth & Reinmuth kündigte seinen Kollegen, worauf dann sämtliche Kollegen ebenfalls die Kündigung einreichten. Der Grund dazu war, weil sich die Kollegen weigerten, im neuen Betrieb Steintrebel die Steine pro Stück 2 Pfg. billiger zu machen als im Betrieb Brunnenweg.

**Münsterberg.** Die Brecher und Hilfsarbeiter bei dem Steinbruchpächter Daxner in Lauscha Holz haben wegen Nicht-einhaltung des Tarifs die Arbeit eingestellt.

**Königsberg (Preußen).** Die Differenzen mit der Firma A. Pelz sind beigelegt und ist die Arbeit in vollem Umfange wieder aufgenommen. Die Sperre ist somit aufgehoben.

**Ungarn.** In Sütty stehen die Steinarbeiter im Streik.

Im Baugewerbe, in der Steinindustrie können wir dieselbe Beobachtung machen. Wenn ein Maurer etwa 45 Jahre alt ist, wir haben städtische Verhältnisse im Auge, welcher Baumeister nimmt ihn dann gern? Und wenn ein Steinbrecher im selbigen Alter steht und um Arbeit umspricht, so wird er vielleicht noch eingestellt, aber gleich um einige Lohnklassen herabgesetzt, weil er nicht mehr als „Kollwertiger“ gilt.

Der Staat handelt immerhin mit seinen Beamten anders. Wird der Richter, der Verwaltungsbeamte älter, hat er eine große Zahl Dienstjahre hinter sich, so steigt sein Gehalt, und zwar um ein Beträchtliches. Die älteren Arbeiter dagegen wissen nicht, welchen Erwerbszweig sie noch ergreifen sollen; man wird sie nur zu untergeordneter Beschäftigung einstellen.

Einsichtige Sozialpolitiker sehen nun auch ein, daß die Unterbringung älterer Arbeiter Schwierigkeiten macht. Am 20. und 21. Mai d. J. fand in Augsburg eine Konferenz der Vorsteher der bayerischen Arbeitsnachweise statt. Rechtsrat Dr. Müller-Ludwigshafen machte zu dieser Materie folgende Ausführungen:

Eine weitere Aufgabe von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit auf dem Gebiete der Beschaffung von Arbeit durch Staat und Gemeinde erwächst in der Zukunft auch noch gegenüber den erwerbsbeschränkten Arbeitskräften. Alle größeren Arbeitsnachweise machen täglich die Erfahrung, daß Personen bei ihnen um Arbeit nachfragen, die zwar nicht mehr voll arbeitsfähig, aber auch noch nicht so erwerbsunfähig sind, daß sie als invalide oder armenunterstützungswürdig angesehen werden können. Es handelt sich meist um Leute in vorgerückten Lebensjahren, besonders solche Ende der 40er und in den 50er Jahren stehende, die trotz eifriger, eigener Bemühungen, sowie nachhaltiger Arbeit der Nachweiskstellen nur äußerst schwer bei dem privaten Unternehmertum unterzubringen sind. Bei Erforschung ihrer Lebensverhältnisse geminnt man manchmal den Eindruck, daß es sich hier um Leute handelt, die bei der Industrie abgelegt wurden, weil ein großer Teil von Industriellen — ich sage hier ausdrücklich nicht alle, denn es gibt auch hier manche rühmliche Ausnahmen — es vorzieht, möglichst mit in Vollkraft der Jahre und der Arbeitskraft stehenden Arbeitern ihr Unternehmen zu betreiben und dieses mit solchen durch das Lebensalter oder sonstigen Gebrechen in ihrer Arbeitsfähigkeit herabgesetzten Elementen nicht zu belasten.

Diese Neuerungen zeigen, daß die älteren Arbeiter nur schwer ein Unterkommen finden können. Dr. Müller spricht allerdings von „erwerbsbeschränkten Arbeitskräften“, aber er muß selber zugeben, daß unter diese Kategorie schon Arbeiter fallen, die sich Ende der vierziger Jahre befinden. Dabei kommt in Frage, daß in der rauhen Wirklichkeit die Zustände für die Arbeiter noch viel ungünstiger sind.

Je mehr wir in den Industriestaat hineinwachsen, desto eigenartigere Erscheinungen machen sich bemerkbar, die samt und sonders die soziale Lage des Arbeiters ungünstig beeinflussen.

## Die Internationale Baufach-Ausstellung in Leipzig.

XII.

### Das Schlackenpflaster.

Die Mansfelder Werke machen mit der Schlackenpflastersteinproduktion gewaltige Anstrengungen. Die Produktion betrug nämlich im Jahre 1912:

17 868 156 Stück zu Reihenspflaster,  
67 800 „ „ Bordsteinen,  
1 249 533 „ „ Platten und Treppenstufen,  
2 475 cbm Schaulieferungsschlacke und Schotter.

Auf den Quadratmeter wird man im Durchschnitt etwa 30 Pflastersteine rechnen können. (Die Schwankung beträgt 26—34 Stück pro Quadratmeter.) Dabei ergibt sich nun, daß die Mansfelder Werke in einem Jahre 578 938 Quadratmeter Schlackenpflaster herstellen. Gutes Granitpflaster wird man pro Quadratmeter unter 8 Mk. nicht bekommen können.

Der Natursteinindustrie sind somit Aufträge in Höhe von ca. 4½ Millionen Mark entgangen. Das ist eine ganz gewaltige Summe. Diesem Kunstpflaster werden nachstehende Vorzüge zugesprochen: Ebene Fahrbahn mit engen Fugen, Geräuschverminderung beim Befahren, Sauberkeit, leichte Reinhaltung, unbegrenzte (!) Dauerhaftigkeit, Dichtigkeit des Pflasters bei sachgemäßer Herstellung und verhältnismäßige Billigkeit. Wir machen schon längst die Beobachtung, daß sich dieses Kunstpflaster leider schon in vielen Städten eingebürgert hat. Wir wollen bei mäßigem Verkehr dessen Güte nicht anzweifeln, aber im Winter bei schnellem Temperaturwechsel, besonders dann, wenn die Kälte nachläßt, Regen eintritt, dann gleich wiederum spürbar bedeutende Kälte zu verzeichnen ist, besteht die Gefahr, daß die Schlackensteine Risse bekommen, wenn nicht gar bersten. — Groß ist allerdings die Druckfestigkeit. Diese betrug nach einer Untersuchung der kgl. Prüfungsanstalt in Berlin pro Quadratmeter

Lufttrocken . . . . . 2906 kg  
Wasserlast . . . . . 3077 „

Das sind Ergebnisse, welche manchen Naturstein übertreffen. Um Haupteingang zur Iba bemerken wir eine große Tafel, die anündigt, daß die Straße des 13. Oktober teilweise mit Schlackenpflaster hergestellt wurde. Die Mansfelder Werke

verstehen somit auch, in gebiegender Weise für ihre Produkte Klame zu machen.

Sehr auffällig wirkt, daß sich die Steinsehermeister auf der Iba nicht im geringsten beteiligt haben. Hätten diese Unternehmer wirklich nichts von Belang vorzuführen? Beinahe scheint es so! Da handeln die Leipziger Asphaltwerke R. Tagmann schon ganz anders. In der Form einer Bruchsteinmauerung sind Asphaltblöcke, wie solche in Sizilien gewonnen werden, aufgeführt. Die Steine verbreiten einen bituminösen Geruch und man steht es ihnen gar nicht an, daß sie im gemahlenen Zustand das Material zu einer erstklassigen Straßendecke abgeben. Diese Firma führt weiter aus: Hartgummi-Asphalt, Teerschotter-Pflaster und Holzpflaster angepriesen, welches in Deutschland sehr eingeführt sein soll. Die Kataloge zeigen vorzügliche Abbildungen ganzer Straßenzüge, welche mit Asphalt oder Holzpflaster hergestellt sind.

### Das technische Schulwesen.

Einigermaßen waren wir gespannt, in welcher Weise sich die Baugewerkschulen an der Ausstellung beteiligen würden. In Deutschland gibt es zurzeit mindestens 35 Baugewerkschulen, überdies noch einige Technikums. Wir sind sehr erkaunt darüber, daß diese technischen Institute auf der Iba nun gar nicht ausgestellt haben. Was die Schulen Frankenshausen und Stadt Sulza zeigen, ist nicht der Rede wert. Das Technikum Mittweida hat nach unserer Meinung auch nicht die geringsten Anstrengungen gemacht, um gut abzuschneiden zu können. Die übrigen Schulen sind überhaupt nicht vertreten. Wir können eine Erklärung dafür nicht finden, warum das technische Schulwesen gar nicht ausstellte. Dabei kann ausgesprochen werden, daß diese Schulen in Deutschland sehr gut, manche geradezu vortrefflich organisiert sind. Wir haben nur eine einzige Steinmetzschule, die zu Herbst, aber auch diese zeigt in Leipzig ihre Leistungen nicht. Es hätte sicher die Allgemeinheit sehr interessiert, wenn die einzelnen Schulen gezeigt hätten, was sie auf dem Gebiete der heimatkundlichen Bauweise und im Entwerfen speziell leisten können. Es ist bekannt, daß die Baugewerkschulen ihr Schülermaterial aus jungen Handwerkerkreisen nehmen, und daß ein Teil der Schüler, wenn sie in die Baupraxis übertreten, sogar erfolgreich mit den akademisch geprägten Architekten in Konkurrenz treten. Wir finden es sogar leichtfertig, daß man die genannten Schulen nicht unter allen Umständen zu einer Beteiligung verpflichtet hat.

Dagegen können wir die Leistungen zweier Fachschulen lobend erwähnen. Da sei des Modells der Lebehener Dachdeckerlehre Erwähnung getan. Irren wir nicht, so geschah ihre Gründung erst vor zwei Jahren. Die Schule stellt ein 4 Meter langes Modell aus, an welchem nicht nur das Dach, sondern auch die Außenwände mit kleinen Schieferplättchen versehen sind. Die vielen Aufbauten, die eigenartige Form des Daches machten ein sehr akkurates Arbeiten notwendig. Nichts Vorübergehendes merken gar nicht, welcher Fleiß zu der Herstellung dieses Modells aufgewandt werden mußte. Die Rückwand, sowie die Seitenwände der Ausstellungslopie sind dann noch mit größeren polierten Schieferplatten versehen. So eine Platte hat einen Flächeninhalt von 1½ Quadratmeter.

Die Zwickauer Zieglerlehre kann sich mit ihren Leistungen ebenfalls sehen lassen. Man bekommt alle die Erzeugnisse zu Gesicht, welche auf die Fabrikation von Mauersteinen, Dachziegeln, Bleiberschwämmen und dergleichen Bezug nehmen. Im Fachzeichnen wird auf große Sauberkeit der Blätter Wert gelegt. Die Detailzeichnungen geben uns darüber Auskunft, daß die Schüler im Konstruktionszeichnen von einzelnen Bauteilen sehr gut unterrichtet werden.

### Eine Brücke, welche sich um 29 Zentimeter senkte.

Es ist den Laien zur Genüge bekannt, daß sich fertigestellte Bauteile senken. Bei großen Gebäuden ist es schon vorgekommen, daß die Senkung einige Zentimeter ausmacht. Selbst die besten Gründungsarbeiten schützen davor nicht. Die Steinmetzen, welche mit Verarbeiten betraut werden, mußten schon zu oft erfahren, daß Sohlbänke, Gewände, insbesondere Stürze, sowie Verbindungen mit einem Schlag geknickt wurden, eben weil sich ein Bauteil senkte. — Mit den Brücken verhält sich genau so. Eine neugebaute Brücke muß sich erst „setzen“, wie man zu sagen pflegt. In welchem Maße dieses vor sich geht, kommt mit auf den Untergrund und die Fundierung an. Sehen aber wird sich jede Brücke. Fährt über eine Eisenbahnbrücke ein Personen- oder Lastzug, so kommt es vor, daß die Durchbiegung des Brückenmittels 1 Zentimeter und sogar noch mehr beträgt. Ist die Last des Zuges über die Brücke hinweggeglitten, dann tritt der normale „Scheitelstand“ wieder ein. Eine recht interessante Untersuchung über die „Bewegungen“ der Friedrich-August-Brücke bei Plauen hat das Bauamt jener Stadt vom Jahre 1904 bis Anfang 1913 vorgenommen. Diese Untersuchung wird in Baukreisen großes Aufsehen erregen, denn es hat sich herausgestellt, daß der Brückenscheitel und damit auch die andern Teile der Brücke seit 1901 netto um 29 Zentimeter gesunken sind. Zunächst wird man es für ungläublich halten, daß eine solche Senkung möglich ist, ohne daß damit die Brücke ernstlich gefährdet wird. Aber gegen die äußerst genauen Untersuchungen, welche in den

unter 14 Jahren	14 bis unter 18 Jahren	271 000
18	18	85 000
18	20	88 000
20	25	47 000
25	30	129 000
30	35	122 000
35	40	190 000
40	45	127 000
45	50	89 000
50	55	27 000
55	60	8 000
60	70	
70 Jahren und darüber		

Diese Tabelle zeigt, daß vom 40. bis 50. Lebensjahre die Zahl der Beschäftigten viel kleiner ist, als wie die Rubrik 0—40 Jahre.

Welche seelischen Vorgänge sich bei den Arbeitern abspielen, die an die Majorsecke (dem 40. Lebensjahre) heranrücken, bedarf keiner Kommentierung. Die Industrie will leistungsfähige Kräfte in Anspruch nehmen, um an denselben laubbau treiben zu können. Auch die Angestellten in den Privatbetrieben werden von der Sorge des heranrühenden Alters sehr stark bedrückt, besonders macht sich dieser Kummer bei einem Stellenwechsel bemerkbar. — Wo man sich älter Arbeiter und ebensolcher Angestellter entledigen kann, geschieht dies.

ersten Jahren monatlich neunmal vorgenommen wurden, ist mit Zweifeln nicht aufzukommen. Die ausgehängte Zeichnung trägt die Ueberschrift: „Graphische Darstellung der Bewegungen der Friedrich-August-Brücke in der Zeit vom 11. Juli 1904 bis 2. Februar 1913.“

Im Juli 1904 begann die Abrißung, im September desselben Jahres war das Lehrgerüst entfernt. Der Brückenstempel war um 8,2 Zentimeter gesunken.

1905 wurden die Deckplatten angebracht. Der Scheitel und mit ihm die Fahrbahn senkten sich abermals um 7,2 Zentimeter. Das Minus betrug nun schon 15,4 Zentimeter. Das nach der Ausschlagung eine Senkung der Bögen eintritt, ist erklärlich, daß aber, nachdem die Deckplatten verlegt sind, die Differenz schon 15,4 Zentimeter beträgt, ist sogar aufsehenerregend. Und nun tritt eine eigenartige Erscheinung ein. In den Wintermonaten senkt sich der Brückenstempel am tiefsten, um dann in den Monaten Juli und August wiederum um sage und schreibe etwa 6—7 Zentimeter „emporzusteuigen“.

Und dieses Steigen und Fallen wiederholt sich alljährlich, besonders in Zeiten großer Temperaturschwankungen. Vom Jahre 1904 bis Februar 1913 war der Scheitel um 29 Zentimeter gesunken. Im Juli-August dieses Jahres wird die Differenz „bloß“ mehr 22—23 Zentimeter ausgemacht haben (Messungen liegen noch nicht vor), den vor einigen Tagen (am 2. August) hatten wir immerhin einen hohen Thermometerstand.

Die Brücke hat eine lichte Weite von 90 Metern, die Ausführung geschah in Bruchstein- und Zementmauerwerk.

Immer wieder betrachten wir die graphische Darstellung, weil wir gegenüber einer solchen Bewegungsmöglichkeit ebenfalls unser Mißtrauen haben, aber die genauen, langjährigen Messungen des Bauwerks kann man nicht etwa mit dem Argument abtun: Die Schwankungen sind unmöglich. Nein, hier heißt es zu beachten, daß die atmosphärischen und Temperaturunterschiede einen großen Einfluß auf das verarbeitete Baumaterial bezüglich des Zusammenziehens und ihrer Ausdehnung ausüben. Die Skala läßt aber müheles erkennen, was 50 Grad Temperaturunterschiede (30 Grad plus und 20 Grad minus) an den Bauwerken für Einflüsse hervorrufen können. Das Mauener Beispiel wird sicherlich auch andere Baubehörden veranlassen, derartige exakte Messungen an ihren Neubauten zu veranstalten.

### In den Maschinenhallen.

Es sind zwei riesige Hallen, welche der Maschinenindustrie zur Verfügung gestellt wurden, damit sie ihre Erzeugnisse vorführen kann. Die Hallen, welche völlig in Eisenkonstruktion ausgeführt sind, nehmen einen Flächenraum von über 9000 Quadratmeter ein. Beim Eintritt in die Haupthalle bietet sich dem Besucher ein überwältigender Anblick des Gebotenen dar. Was sollen wir mehr bewundern, die kühne Konstruktion der Halle selbst oder die Hunderte von Maschinen mit ihrem Räderwerk, Zylindern, Kolben usw. Dabei sind die meisten Maschinen in Betrieb gesetzt. Wir vernahmen ein Rattern und Knattern, als befänden wir uns in einem großen Fabrikbetriebe. Dabei kommt uns recht zum Bewußtsein, welche glänzende Entwicklung die Maschinentechnik in den letzten hundert Jahren aufweisen kann. Wenn wir eine Perspektive ziehen zwischen der Verwendung der Muskelkraft von Mensch und Tier, die am Scheitelpunkt früher Verwendung fand, und den Leistungen der modernen Maschinen der Gegenwart, welche fähigen Bilder ergeben sich hierbei. Und welcher Gegenstand tat sich auf, wenn wir die Leistungen der früheren Erfinder mit dem heutigen Konstruktionswesen betrachten. Der Maschinenbauer, um mit Genossen Boldt zu reden, war vor 50 Jahren selbst Praktiker, er ging aus dem Arbeiterstande hervor. Diese Zeiten, Erfindungen und Verbesserungen zu machen, sind vorbei. Die Maschinenfabriken unterhalten einen großen Staff von Technikern und Ingenieuren, die nur nach den Gesetzen der Statik, der übrigen technischen Wissenschaften und nach den Ergebnissen unendlicher Versuche arbeiten, welche in den chemischen und physikalischen Laboratorien in tausendfacher Art unternommen werden.

Die bekannte Firma Lang-Mannheim, welche auf dem Gebiete der Konstruktion landwirtschaftlicher Maschinen Weltweit gesehnt, liefert auch Erzeugnisse, welche im Bau- und Steinbruchwesen Verwendung finden. Lang stellt eine riesige Betriebs-Heißdampf-Verbund-Lokomotive mit Ventilsteuerung aus. Es können im Maximum an die 525 Pferdekraft geleistet werden. Die Schwungräder sind 50 Zentimeter breit. Daraus ist schon zu schließen, um welchen gewaltigen Typ es sich handelt. Derartige Heißdampf-Verbund-Lokomotiven (allerdings mit nicht so bedeutenden Pferdekraften) sind in vielen Schotter-, Karmor- und Kalksteinwerken bereits zur Verwendung gelangt. Die Firma Lang hat alle bisher erhaltenen Prämienmedaillen ebenfalls zur Schau gestellt. Auf einer großen eisenförmigen Tafel sind die 300 silbernen und goldenen Auszeichnungen untergebracht. Und diese Anerkennungen wurden in allen Weltteilen errungen. Der Name Lang ist überall bekannt. Wer dagegen kennt die Namen keiner tüchtigen Ingenieure, keiner fleißigen Arbeiter? Orden und Ehrenzeichen heimlich der Chef ein, ob er aber selbst mit nur einem mittelmäßig veranlagten Ingenieur seines Riesenbetriebs im geistigen Können Schritt halten kann, ist wohl mehr als fraglich. Bemerkenswert ist diese Firma im Jahre 1912 nicht weniger wie 2293 Lokomotiven abgesetzt hat.

Gut schmeidet bei dieser Ausstellung die rheinische Motorenfabrik von Benz & Co. ab. Die Motoren dieser Firma haben sich auch in der Steindustrie sehr eingebürgert, weil sie schon mit 10—20 Pferdekraften geliefert werden können. Die Anschaffungskosten eines solchen Motors mit allem Drum und Dran mögen sich auf zirka 9000 Mfl. belaufen. Von dem Iba-Besucher wird dem Dieselmotor, welcher ebenfalls von der Firma Benz gebaut wird, ein recht reges Interesse entgegengebracht. Die Heizung geschieht mit Leerd. Erwähnenswert ist ferner noch ein kleiner Motor (4 Pferdekraft), welcher beim Sandstrahlgebläse, sowie zur Fallabenteinigung benutzt wird.

Ein gewisses Interesse in der Steindustrie werden die Erzeugnisse der Gesellschaft für Schlagwerkzeuge G. v. H. Berlin-Tempelhof erregen. Es werden vorgeführt elektrisch betriebene Stampfer, Meißelhammer, Stockhammer, Bohrer und Stemmhämmer. — Uns erscheint diese Neuerung bedeutend besser, als wenn der Betrieb mittels Preßluft geschehen müßte. Besonders fiel uns bei den betätigten Probedersuchen auf, daß dieser Apparat

nicht so fibriert, als wie mit Preßluftantrieb. Als eine große Neuerung ist die Anbringung des Stockhammers anzusehen. Die Zahnplatte ist nicht mehr eben und quadratisch, nein, der Stockhammer stellt eine kleine Walze dar, deren Länge 4—7 Zentimeter beträgt, bei einem Durchmesser bis zu 6 Zentimeter. In die Mantelfläche sind nun die Zähne eingehauen; wahrscheinlich aber ausgefräst. Ist der Hammer in sein Gestell eingeführt, die elektrische Kraft in Tätigkeit getreten, so geht das Stocken in folgender Weise vor sich: Mit der einen Hand drückt man auf das Gestell und mit der andern wird dasselbe vorwärts eventuell rückwärts bewegt. Der Stockhammer macht in der Minute einige hundert „Umdrehungen“, und die geleistete Arbeit muß als eine gute bezeichnet werden. Diese Art des Stockens werden sich zunächst die Kunststeinfabrikanten zunutze machen. Auch beim Abstocken von Zementschalen wird sich diese Maschine bewähren. Sehr viel Schaden aber wird den Asphaltteuren der Stampfhammer bringen.

Geradezu frappierend wirkt die Schnelligkeit, mit der die Trägerlehre der Firma Schulze u. Naumann (Röthen) arbeitet. Ein T-Träger mit einer Höhe von 15 Zentimeter wird in 15 Sekunden in der glattesten Weise durchgeschnitten. Dabei kann auf einen halben Millimeter gearbeitet werden. Die Trägerlehre arbeitet mittels hydraulischen Drucks, zur Kraftübertragung sind überdies bloß 13 Pferdekraft nötig. Eine solche Maschine kann in den Gießereien, bei Bahnbauten geradezu Hervorragendes leisten.

Auf dem Gebiete der Mauersteindruckung führt die Firma Ringelgen (Stuttgart) eine praktische Neuerung vor. Es können auf einen Druck gleich 10 Mauersteine eventuell auch Zementblechen gepreßt werden. Vorweg arbeitet ein Materialmischer automatisch, so daß sogar die Hilfskräfte, die früher die Materialien mischen mußten, auch noch überflüssig sind. Zweifelloso hat diese Maschine eine sehr große Zukunft.

Eine andre Firma (Keller u. Co. in Lagenbed, Westfalen) stellt eine recht brauchbare Maschine für die Fabrikation von Mauerziegeln aus. Die Masse geht durch eine Presse, daraus kommt die Querschnittform der Mauersteine. Das Abhineiden geschieht mittels Draht. Die Maschine wird praktisch vorgeführt, die Tagesleistung soll pro Tag bei zehnstündiger Arbeitszeit rund 30 000 Stück betragen. Das mag stimmen, denn wir überzeugten uns selbst, daß pro Minute 50 Steine herzustellen sind.

## Die neuen Militärbauten — für die Christen.

Das und nichts anderes verlangt eine Eingabe, die an die badische Staatsregierung gerichtet ist. Die Öffentlichkeit erfährt dadurch wieder einmal, mit welchen Mitteln die christlichen Organisationen arbeiten. Würde man es nicht schwarz auf weiß lesen, hielt man die Eingabe für eine grobe Täuschung. Hier ist sie:

Zentralverband Christlicher Keram- und Steinarbeiter Deutschlands.  
Bezirk Schwarzburg.  
An die Großh. bad. Staatsregierung  
Karlsruhe.

Der ergebene Unterfertigte erlaubt sich, Ew. Excellenz im Namen der durch ihn vertretenen christlich und national organisierten Arbeiterschaft nachstehende Bitte ergebnis zu unterbreiten:

Die hohe Großh. bad. Regierung wolle beim Vergeben von Steinlieferungen für Militärbauten, die im Vollzug des neuen Wehrgesetzes in Baden nötig werden, das Steinmaterial der fleißigen Gebend, den roten und gestreiften Sandstein, gütlich berücksichtigen.

Zur Begründung unserer Bitte erlauben wir uns anzuführen, daß die Geschäftslage in dem fleißigen großen Steingebiet zurzeit eine überaus schlechte ist. Ein erheblicher Teil der hier in Frage kommenden Arbeiter mußte bereits abwandern und sich auswärts Brot verdienen suchen. Für die meisten ist dieses um so härter, weil sie durch keine Anwesen an die Scholle gebunden sind und damit die Familie zurücklassen müssen. Große Schäden, materieller und moralischer Natur, bringt dieses Abwandern der Familie mit sich. Die hier in Frage kommenden Steinarbeiter sind zum großen Teil christlich und national organisiert. Rohezu sämtliche Steinarbeiter sind Königs- und vaterländisch gesinnt. Wiederholt haben sie angefordert, der raffinierten und mit großen Mitteln betriebenen Agitation der Sozialdemokratie den Beweis erbracht, daß sie bereit sind die Bedürfnisse der Nation haben und gern und willig die notwendigen Opfer bringen für des geliebten Vaterlandes Größe und Ansehen in der Welt. Wir haben zur hohen Großh. bad. Staatsregierung das Vertrauen, daß wir nach Möglichkeit berücksichtigt werden.

Zwischen unsern Arbeitgebern und uns bestehen Tarifverträge, die beide Teile befriedigen. Die Voraussetzungen, unter denen die Reichstagskommission die Zuteilung von Staatsaufträgen wünschte, wären somit ebenfalls gegeben.

Ergebene geg. Scheibel, Bezirksleiter.

Wer die phrasenhafte Eingabe des Herrn Scheibel liest, muß zu der Annahme gelangen, daß der christliche Keram- und Steinarbeiterverband innerhalb der Steindustrie Badens eine bedeutungsvolle Rolle spielt. Das ist ein großer Irrtum. Um so größer ist aber auch die Kühnheit, eine solche Sprache zu führen und Vorstellungen erwecken zu wollen, die mit den Tatsachen im trassen Mißverhältnis stehen. Nehmen wir die Denkschrift des badischen Gewerbeaufsichtsamts von 1913 über die badische Steindustrie zur Hand, so finden wir folgendes: „Von den am 1. Oktober 1912 in Baden gezählten 6751 Steinarbeitern gehörten dem christlichen Verband an 572, dem Zentralverband der Steinarbeiter 1484.“ Letzteres sind aber nur Arbeiter in der engeren Steindustrie, wozu noch zahlreiche Arbeiter kommen, die an Orten beschäftigt sind, wo eine Zählstelle des Steinarbeiterverbandes nicht besteht, und die sich deshalb andern freien Gewerkschaften anschließen, wie den Bauhandwerkern, Bildhauern, Steinsehern usw. Wie schon der Name besagt, umfaßt der christliche Keram- und Steinarbeiterverband noch andre Industrien als die engeren Steindustrie, Töpferei, Glasindustrie usw. Nach unsern Feststellungen werden in der badischen Steindustrie etwa 150 Arbeiter dem christlichen Verband angehören.

Am besten kommt das Stärkeverhältnis der Organisationen in der Tarifpolitik zum Ausdruck. Das obengenannte Werk des badischen Gewerbeaufsichtsamts führt in der engeren Steindustrie Badens 25 Tarifverträge für 2841 beschäftigte Arbeiter an. Hiervon sind Verträge des christlichen Steinarbeiterverbandes 2 mit 272 Beschäftigten. Auf den Zentralverband der Steinarbeiter entfallen 21 Tarife für 157 Betriebe mit 2569 Beschäftigten. Bei 2 dieser Tarife sind die Christlichen als Mitkontrahenten durchgeschleppt

worden. Dies zur Beleuchtung der Bedeutung des großmächtigen Keram- und Steinarbeiterverbandes in Baden.

Zur Eingabe selbst ist zu bemerken, daß es den Christen niemand verargen wird, wenn sie die Behörden auf die missliche Geschäftslage in der badischen Steindustrie hinweisen und um Berücksichtigung bei Vergebung von staatlichen Arbeiten bitten. Auch der Zentralverband der Steinarbeiter hat sich schon zweimal petitionierend an den badischen Landtag gewendet und darin gefordert, bessere Durchführung der gesetzlichen Vorschriften zum Schutze der Steinarbeiter, Kontrolle durch Arbeiterkontrollen, Regelung der Vergabebedingungen staatlicher Arbeiten, Bevorzugung tarifreuer Firmen, vorzugsweise Beschäftigung einheimischer Arbeiter und Berücksichtigung der heimischen Steindustrie und des Natursteinmaterials bei Staatsbauten. Der Unterschied zwischen den Petitionen des Steinarbeiterverbandes und der christlichen Eingabe liegt zunächst darin, daß der Steinarbeiterverband nicht die Bevorzugung eines einzelnen Gebiets Badens beansprucht, sondern für die gesamte Steindustrie Badens eintritt. Die Verhältnisse in der badischen Steindustrie sind geradezu traurige. Kunststein, Eisenbeton, vereinfachte Architektur, technische Entwicklung haben die Verwendung von Natursteinmaterial unheilvoll vermindert. Dies trifft für alle Gebiete der Steindustrie Badens zu. Daß der christliche Herr Scheibel nur eine verständnisvolle Erklärung darin, daß dieses Gebiet das einzige Badens ist, wo er unter einer Mehrheit freierorganisierter Arbeiter ein kleines Häuflein Getreuer mußern kann. Im ganzen übrigen Baden ist der christliche Keram- und Steinarbeiterverband nicht vertreten und unschuldig an der unter schwierigen Verhältnissen mühsam errungenen Verbesserung und tariflichen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Steinarbeiter.

Schon einmal war, veranlaßt durch die Petitionen des freien Steinarbeiterverbandes, der christliche Verband um besondere Berücksichtigung des Maintal-Gebiets eingekommen. Damals hat er es sich aber verkneifen müssen, mit Rücksicht auf die öffentliche Behandlung einer Petition, die Sonderberücksichtigung zu begründen mit Hinweis auf angebliche vorwiegend christliche und nationale Organisationszugehörigkeit, sogenannte „Königs- und vaterländische“ Gesinnung, auf die Eigenhaft der Maintalsteinhauer als Sturmbod gegen die Sozialdemokratie. Was in einer der öffentlichen Kritik unterstehenden Petition nicht gut gesagt werden kann, läßt sich aber in einer vor sich wiegenden Eingabe an die Regierung wohl anbringen. Mit einer solchen Argumentation beweisen die christlichen Gewerkschaften, daß sie ein großes Schamgefühl nicht besitzen. Ein solches Gebahren muß die entschiedenste Verurteilung aller finden, die noch einen geringen Grad von Manneswürde besitzen. Das ist der Weg, auf dem Regierungen zur Beurteilung der Gewerkschaftsbewegung geführt werden müssen, wie in Bayern in Sachen des Eisenbahnerverbandes. Man kann dazu nichts weiter sagen, als: „Wer Recht sein will, wird Recht bleiben!“

Die badische Regierung hat denn auch mehr Empfinden für die Steindustrie des ganzen Landes gezeigt, als Herr Scheibel aus Würzburg, indem sie der verlangten Sonderberücksichtigung des Maintals nicht Rechnung getragen hat, sondern, wie im Verfolge der Petitionen des freien Steinarbeiterverbandes, Anweisung an die betreffenden Instanzen hat ergehen lassen, bei Arbeitsvergaben die ganze badische Steindustrie zu berücksichtigen.

Leider bleiben diese gutgemeinten Erlasse nur auf dem Papier, wenn sich die Behörden nicht daran halten. In Freiburg wurden beispielsweise die Steinhauerarbeiten zu den Kajernenbauten (400 Kubikmeter) nach Tiefenbach (Kreis Zabern im Elsaß) vergeben. Und zwar an einen Unternehmer Kauscher, der das Koalitionsrecht der Arbeiter mit Füßen tritt, und vor einiger Zeit, während der Ausführung dieses Staatsauftrags, seine organisierten Arbeiter entließ. Es wäre dringend zu wünschen, daß die ausführenden Behörden den Anweisungen auf Berücksichtigung der badischen Steindustrie mehr Rechnung tragen.

Zum Schluß bemerkt der christliche Herr Scheibel, daß im Maintal zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern Tarifverträge bestehen, die beide Teile befriedigen. Das Jügendverständnis des christlichen Verbandes ist richtig und reißt sich würdig an die übrigen Behauptungen der Eingabe. Wir werden auf die Tarifverhältnisse im Maintal besonders zurückkommen, versichern aber, daß der Maintal-Tarif der berichtigteste in der badischen Steindustrie ist. Hätte Herr Scheibel seine Eingabe nur wenige Tage früher eingekandt, so hätte er von einem erbitterten Kampfe und einer Aussperrung der Maintaler Unternehmer berichten müssen, die einige Wochen dauerte, bei der auch seine christlich und national organisierten, Königs- und vaterländisch gesinnten Mitglieder beteiligt waren, und bei der von den Arbeitern durch Unterschrift eines Resolves der Austritt aus der Organisation verlangt wurde.

## Aus der Pflastersteinindustrie im badischen Schwarzwald.

Während der arbeitssuchende Kollege früher nur die zwei Verhältnisse Seebach und Kandern zur Wechselung des Arbeitsverhältnisses hatte, bietet sich ihm heute in dieser Beziehung ein weites Feld. Seit einigen Jahren werden auch in Furchenbach, Neufach, Kapplerwald und Döbeln Pflastersteine angefertigt. Nun kommen noch Tegernau und Hornberg dazu. Tegernau kann man auch zu den Kleinbetrieben rechnen, während Hornberg eine kapitalkräftige Firma in Händen hat und ein Großbetrieb zu werden verspricht. Die Arbeitslosigkeit ist überall gleich; die Betriebe sind nämlich vollauf beschäftigt. Die Arbeitsbedingungen jedoch sind in den einzelnen Weiten sehr verschieden. Dem Kenner fällt sofort auf, wo eine fachkundige Leitung vorhanden ist und wo nicht. So leitet z. B. der Unternehmer Ortner in Tegernau seinen Betrieb selbst. Ortner war noch vor wenigen Jahren selbst Pflastersteinhauer und versteht es nun, seinen Betrieb einträglich zu gestalten. Nur der harte Bickonsum unter den Arbeitern schwächt das Ansehen dieses Betriebes, auch ist noch kein Tarifvertrag abgeschlossen.

Im Gegensatz zu diesem Betrieb steht Hornberg. Hier herrscht unter den Arbeitern die beste Ordnung; ein Blau machen ist von der Betriebsleitung streng verboten und wird das Verbot auch strikt eingehalten. Der Betrieb ist mit umfangreichen Gleisanlagen sowie Bohr- und Spaltmaschinen eingerichtet; während sich die Bohrmaschinen gut bewähren, muß man von den Spaltmaschinen das Gegenteil behaupten.

# Beilage zum „Steinarbeiter“.

Nr. 37.

Sonnabend, den 13. September 1913.

17. Jahrgang.

## Wirtschaftskrise und Gewerkschaftslähmung.

Das unheimliche Gespenst der wirtschaftlichen Krise durchklopft wieder einmal Europa. Zahlreiche Nachrichten aus den verschiedenen Wirtschaftszweigen lassen daran keinen Zweifel, daß die langwierigen Balkankrisen und die damit verbundene wirtschaftliche Unsicherheit eine Salamiattacke auf dem Weltmarkt erzeugt hat, die auf viele Industrien und Gewerbe geradezu lähmend wirkt. Daraus kommt, daß die Balkankrise keineswegs beendet erscheint. Der abgeschlossene Frieden ist mehr als oberflächlich und birgt in sich neuen Konfliktstoff. Weiter kommt hinzu die eifersüchtige Rivalität der Großmächte, die jederzeit zu einer politischen Krise führen kann. Alles Zusammen, die zur angestrengten Zurückhaltung der Finanzen von gewerblichen und industriellen Unternehmungen führen. Wir sind optimistisch genug, anzunehmen, daß der jetzt herrschenden Wirtschaftskrise keine besonders lange Dauer beschieden sein wird. Es sind vor allem äußere Ursachen, die zu ihr geführt haben, und bald dürfte wieder die frühere Ruhe und Sicherheit auf dem Weltmarkt eingeleitet sein. Vorläufig aber haben wir mit der Lähmung einer Wirtschaftskrise zu rechnen, die sich zum Winter hin noch mehr verschärfen wird. Deshalb haben wir als Gewerkschafter zu diesem Zeitpunkt Stellung zu nehmen und unsere gewerkschaftliche Taktik in Krisenzeiten einer Besprechung zu unterziehen.

Es ist unsere Pflicht, die Vorgänge auf dem Weltmarkt nicht und genau zu beobachten. Sie beeinflussen in ausschlaggebender Weise Industrie und Gewerbe, deren Beschäftigung. Dies aber sind wieder Faktoren, die einen starken Einfluss auf unser gewerkschaftliches Aussehen ausüben. Und da jede veränderte Situation eine veränderte Taktik erfordert, ergibt sich für uns mit zwingender Notwendigkeit auch mit dem Einfluss der Krise auf die Gewerkschaften zu befassen.

Es ist der Blick des proletarischen Kampfes, daß sich bei ihm die Schäden unserer viel geprüften Weltordnung am allerersten sichtbar bemerkbar machen. Es sind bei einer Wirtschaftskrise die bringende verminderte Arbeitsgelegenheit und damit vielen Arbeitern und deren Familien Not, Unterbringung und Hunger. Tausende Arbeiter und Arbeiterinnen werden gezwungen, die Arbeit einzustellen. Da sie nur Objekte des Produktionsprozesses sind, genügt ein Mangel an Arbeitsmaterial, um sie auf die Straße zu setzen. Dieser Zustand wird selbstverständlich auch auf die vom Schicksal besser begünstigten Arbeiter, die ihre Arbeit behalten können. Auch sie fühlen sich gedrückt als sonst, denn über ihnen hängt das Damoklesschwert der wirtschaftlichen Unsicherheit. Hinzu kommt in vielen Fällen das durch die Krise vergrößerte selbstherrliche Auftreten des Unternehmers, das sich u. a. auch in der Weise geltend macht, daß er, wo es durchführbar erscheint, einen Druck auf die Löhne auszuüben versucht.

Daraus ergibt sich, daß gerade in Krisenzeiten die Arbeiter ihrer Gewerkschaftsorganisation mehr benötigen als in normalen Zeiten. In vielen Fällen sucht die Gewerkschaft das Glied der vom Arbeitsprozess ausgeschlossenen zu mildern durch Gewährung von Unterstützungen, zum anderen bietet sie durch auf bestimmte Dauer abgeschlossene Tarifverträge den Arbeitern eine gewisse Garantie, daß ihnen der Unternehmer auch in schlechten Zeiten den Lohn zahlt, den er bei Abschluß des Tarifvertrages unterschrieben oder ehrenwörtlich anerkannt hat. Die Erfahrung lehrt uns, daß auch die Unternehmungen (abgesehen von den betrieblichen Ausgaben) im allgemeinen tariflos sind.

Aus diesen Ausführungen geht aber auch hervor, daß es Unternehmer gibt, die geneigt sind, in Krisenzeiten die Löhne zu reduzieren. Dies zu verhindern, ist eine der vornehmsten Kampfesaufgaben der Gewerkschaft. Sie ist aber auch zugleich die schwierigste. Denn die Erfahrung lehrt uns, daß es bei weitem leichter ist, während der Hochkonjunktur durch die Gewerkschaftsorganisation höhere Löhne und günstigere Arbeitsbedingungen durchzusetzen, als in Krisenzeiten das bei guter Konjunktur Erzwungene hochzuhalten. Die Chancen der Arbeiterchaft stehen dann schlecht, denn der flotte Geschäftsgang, der beste Bundesgenosse der Arbeiter bei Lohnbewegungen, fehlt. Hinzu kommt das Heer der Arbeitslosen, aus dessen Reihen mancher sich leicht herbeiläßt, bei einem ausbrechenden Kampfe als Rohmaterial für Streikbrüche zu verwenden. Manche in normalen Wirtschaftsjahren leidlich brauchbare Gewerkschaftsmitglieder sind eben in der Krise geneigt, vor allem wenn sie mit Arbeitslosigkeit und Entbehrung zu kämpfen haben, der guten Sache untreu zu werden und, weil schwachen Charakters, ihren Klassengenossen in den Rücken zu fallen.

Trotz all dieser Hindernisse ist es jedoch den Gewerkschaften am ehesten gelungen, auch in Krisenzeiten auf die Positionen der Arbeiter unternehmene Angriffe der Unternehmer zurückzuweisen. Das zeigt sich bei der Kraft der Gewerkschaften und dem immer mehr um sich greifenden Solidaritätsgedanken in der Arbeiterschaft.

Eine weitere Aufgabe der Gewerkschaften in Krisenzeiten ist, etwa geplante Angriffsbewegungen mit äußerster Vorsicht zu behandeln. Wir deuteten schon an, daß in solchen Zeiten eine Voranschätzung des glücklichen Gelingens der Bewegung fehlt: der gute Geschäftsgang, Hinzu kommt die größere Arbeitslosigkeit und die daraus resultierende Aussicht, daß die Plätze ausfindiger Arbeiter leicht besetzt werden können. Deshalb ist dringend zu empfehlen, Angriffsbewegungen in Krisenzeiten wenn irgend möglich zu unterlassen. Selbst dann ist größte Vorsicht vorzuziehen, wenn in einem Betriebe noch ein leidlich guter Geschäftsgang vorhanden ist, der leicht zu Trübschlüssen führen kann. Die allgemeine Krise ist nämlich trotzdem vorhanden und damit ein großes Heer Arbeitsloser. Die Erfahrung hat denn auch in solchen Fällen oftmals bewiesen, daß die von einem Streik erhoffte Wirkung verloren ging, weil die Arbeitsplätze der Streikenden besetzt wurden. Der Streik verließ unglücklich, große Summen waren ohne Nutzen ausgegeben, eine große Anzahl der Streikenden blieb auf der Straße und die Degeneration war auf längere Zeit hinaus geschoben und schmerzhaft.

Wenn wir also in Krisenzeiten zur Vorsicht bei Lohnbewegungen mahnen, so geschieht das aus triftigen Gründen, im Interesse unserer Organisation und deren Mitglieder. Die Arbeiterschaft muß sich an die Tatsache gewöhnen, daß zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen auch die notwendigen Vorbedingungen vorhanden sein müssen. Sind sie nicht vorhanden — und das ist während der Wirtschaftskrise der Fall — dann ist es besser, eine abwartende Stellung einzunehmen und darauf zu achten, daß das bereits Erreichte den Arbeitern erhalten bleibt. Diese Aufgabe steht an Wichtigkeit der einer Angriffsbewegung keineswegs nach und ihre Lösung bedeutet, wenn auch hin und wieder gescheitert, so doch immerhin einen Aufstieg der Arbeiterklasse zu besseren Lebensbedingungen.

Wir wollen mit unseren Ausführungen zur Vorsicht mahnen. Wir wissen, daß das bei einem großen Teil unserer Kollegen nicht mehr nötig ist, sie sind bereits gewerkschaftlich gut geschult und verstehen den Ernst einer Situation zu erfassen. Wir haben aber auch Kollegen, die sich noch vielfach von Gefühlen leiten lassen und die Schwierigkeiten einer Bewegung nicht voll überschauen; an deren Adresse richtet sich unsere Mahnung in erster Linie. Die Gewerkschaften haben die Pflicht, gleich tätigen Führern, alle Chancen eines bevorstehenden Kampfes abzuwägen und erst dann zum Angriff überzugehen, wenn die Vorbedingungen des Erfolges ga-

rantiert erscheinen. Sind sie aber nicht vorhanden, dann verliert man den Kampf, bis das Gefährliche ein günstigeres Aussehen hat. Wird diese notwendige Taktik stets innegehalten, dann werden die Niederlagen vermieden, unnötige Opfer erspart und der Aufstieg der Arbeiterklasse vollzieht sich planvoll und sicher. Und was das Beste: Die Arbeiter fassen zu ihrer Organisation festes Vertrauen und erwerben die Zuversicht, durch sie von Sieg zu Sieg geleitet zu werden.

## Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1912.

Die Gesamteinnahmen der Zentralverbände haben sich von 72 086 067 M. (1911) auf 80 238 575 M. erhöht, während die Gesamtausgaben von 80 026 080 M. auf 81 105 876 M. wuchsen. Die Vermögensbestände erhöhten sich von 62 106 821 M. auf 80 797 786 M. Auf den Kopf der Mitglieder berechnet betragen die Einnahmen 31.71 M. (1911: 31.06 M.) und die Vermögensbestände 31.88 M. (1911: 26.70 M.).

Die Gesamteinnahmen der Zentralverbände weisen folgende Posten auf:

Eintrittsgelder	470 067 M.
Verbandsbeiträge	64 582 051
Darlehensbeiträge	9 188 215
Ertragsbeiträge	1 187 252
Streikbeiträge in Streikorten	146 418
Zinsen	1 705 615
Sonstige Einnahmen	8 104 067
<b>Insgesamt</b>	<b>80 238 575 M.</b>

Die durchschnittlichen Einnahmen der Verbände pro Kopf der Mitglieder betragen 31.71 M.; sie gehen auf 14.04 M. bei den Handlungsgehilfen herab, denen die Blumenarbeiter mit 15.81 M. am nächsten stehen, und gehen herauf auf 58.47 M. bei den Buchdruckern, 64.19 M. bei den Rotenrechnern und 64.26 M. bei den Lithographen und Steinbildnern.

Von den Gesamtausgaben in Höhe von 81 105 876 M. sind die folgenden Posten besonders hervorzuheben:

Organisationen	Ausgaben
Mitgliedsunterstützung	86
Umzugsunterstützung	1 179 102
Arbeitslosenunterstützung	405 408
Arbeitsunfähigen (Kranken-)Unterstützung	7 741 240
Invalidenunterstützung	11 488 328
Beihilfe in Sterbefällen	8
Beihilfe in Notfällen	528 080
Streiks im Beruf	1 178 810
Lohnbewegungen ohne Arbeitsverhältnisse	515 840
Streiks in andern Berufen und Ausland	12 047 726
Zentrale und lokale Tarifanstalten	195 824
Rechtsschutz	487 457
Gewahrgeltenunterstützung	85 639
Verbandsorgan	892 697
Sonstige Leistungen	1 070 752
Bibliotheken	2 804 411
Unterstützung	92 253
Statistik	322 918
Agitation	56 099
Druckschriften, Broschüren usw.	145 252
Stellenvermittlung	2 841 814
Kongresse und Generalversammlungen	595 338
Sonstige Zwecke	182 095
Beitrag an die Generalkommission	509 963
Beitrag an internationale Verbindungen	2 827 970
Beitrag an lokale und Sekretariate	274 654
Prozesskosten	67 778
Bewaltungskosten (der Hauptklasse) persönl.	1 457 230
Bewaltungsmaterial	87 888
Bewaltungskosten der Zahlstellen und Gewe	1 152 530
	780 089
	9 742 419

Von diesen Ausgaben entfielen also (im Vergleich zu denen vom Jahre 1911) auf

	1911	1912
Bildungszwecke	3 559 205	3 220 911
Unterstützungszwecke	38 077 842	37 194 412
Agitation, Stellenvermittlung, Generalversammlungen und Verbindungen	7 894 830	9 064 744
Bewaltungskosten	10 563 648	11 626 008

Die durchschnittlichen Ausgaben aller Verbände, pro Kopf der Mitglieder betragen, betragen 31.88 M. Sie gehen auf 14.04 M. herauf bei den Lithographen und Steinbildnern, wo sie die durchschnittlichen Einnahmen um 20.88 M. übersteigen, und gehen auf 10.98 M. zurück bei den Blumenarbeitern. Von den Ausgaben der Lithographen entfielen allein 62.74 M. auf Unterstützungszwecke, davon 49.80 M. auf Streikunterstützung. Den größten Aufwand für Bildungszwecke mit 4.11 M. hatten die Bildhauer.

Die gesamten Verbände zusammen betragen 80 797 786 M., von denen 62 934 781 M. in den Hauptklassen verbleiben. Im Durchschnitt entfällt auf jedes Gewerkschaftsmitglied ein Vermögensanteil von 31.88 M. (gegen 26.70 M. im Vorjahre). Bei den einzelnen Verbänden schwankt dieser durchschnittliche Vermögensanteil zwischen 228.12 M. bei den Rotenrechnern, denen die Buchdrucker mit 161.79 M. zunächst kommen, und 2.94 M. bei den Tabakarbeitern, nach denen die Handlungsgehilfen mit 2.61 M. rangieren.

Eigene Verbände halten 48 Zentralverbände, von denen 47 auf Kosten des Verbandes gratis gestiftet werden und 1 im Abonnement bezogen wird. Die Gesamtanlage aller Gewerkschaftsorgane beträgt 2 064 700. Daneben bestehen noch 7 fachtechnische Organe sowie die Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften, der Operato Italiano und die Osolata für die Mitglieder italienischer und polnischer Sprache. Von den Gewerkschaftsblättern erscheint 1 dreimal in der Woche, 28 wöchentlich, 7 alle 2 Wochen und 7 monatlich.

Der Rückgang der Ausgaben für Unterstützungen erklärt sich vor allem aus dem verminderten Aufwand in Berichtsjahre für Streikunterstützung. Fast 5 Millionen Mark wurden gegenüber dem Vorjahre auf 7 Millionen Mark gegenüber dem Jahre 1910 an Streikunterstützungen erspart. Wenn es auch im Berichtsjahre an Kämpfen nicht gefehlt hat und besonders im Bergbau ein recht umfangreicher Kampf entbrannt war, so fehlte es doch an so langdauernden Kämpfen wie in den Vorjahren, die große Unterstützungsummen verschlangen.

Es wurden an Unterstützungen gezahlt:

	1910	1911	1912
Reise	1 015 984	1 028 491	1 179 102
Umzug	316 452	368 865	405 408
Arbeitslose	6 075 522	6 340 544	7 741 240
Kranke	9 028 693	10 266 730	11 488 328
Sterbefälle	884 012	1 045 856	1 178 810
Notfälle	548 567	470 048	515 840
Gewahrgelte	809 738	896 519	1 070 752
<b>Summa</b>	<b>18 678 968</b>	<b>20 414 093</b>	<b>23 526 979</b>

Dagegen wurden für Streikunterstützung verausgabt:

	1910	1911	1912
1910	19 608 606	17 808 828	12 486 183

Die Ausgaben für Streikunterstützung betragen im Berichtsjahre nur wenig mehr als die Hälfte der Ausgaben für die übrigen Unterstützungsarten. In den 22 Jahren seit 1891 brachten die Zentralverbände 165,6 Millionen Mark für friedliche Unterstützungsarten und 121,5 Millionen Mark für Streikunterstützung auf. Von den ersteren Unterstützungsarten entfielen seit 1891 auf

Arbeitslose	54 270 191 M.
Reisende	13 618 953
Kranke	66 736 450
Umzug, Not- und Sterbefälle	14 285 257
Gewahrgelte	9 414 121
Invalide	4 615 331
Rechtsschutz	3 577 425

Einige besondere Beachtung verdienen die Ausgaben der deutschen Zentralverbände für die Unterstützung ihrer arbeitslosen Mitglieder. Im Berichtsjahre waren alle Mitglieder der Gewerkschaften teils für Arbeitslosigkeit an Orte, teils für solche auf Reise oder für beides versichert. Die Aufwendungen für diese Unterstützungen erreichten im Jahre 1912: 8 920 342 M. gegenüber 7 388 975 M. im Jahre 1911, 7 091 506 M. im Jahre 1910 und 7 201 851 M. im Jahre 1909. Seit dem Jahre 1891 haben die Gewerkschaften für ihre arbeitslosen Mitglieder etwa 68 Millionen Mark aufgewendet. Sie haben damit für alle Zeit ihre Priorität auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung und zugleich ihren Anspruch begründet, bei der gesetzlichen Regelung dieser Materie als grundlegende Organisation anerkannt zu werden. Sobald nunmehr auch die größten Organisationen, des Bauarbeiters dazu übergeben werden, ihre Mitglieder gegen Arbeitslosigkeit an Ort zu unterstützen, dürfte der Einwand, daß die gewerkschaftliche Arbeitslosenversicherung nur einem kleinen Teil der Arbeitslosen und dabei noch nicht einmal den am meisten von der Arbeitslosigkeit Betroffenen zugute käme, bald entkräftet sein, denn es steht jedem Arbeiter der Eintritt in die gewerkschaftliche Zentralverbände frei und man müßte es sogar von einem jeden als seine berufliche Pflicht verlangen, daß er sich der Mitwirkung bei der Aufrechterhaltung des beruflichen Standards of Life nicht entziehe und zur Unterstützung seiner Kollegen beitrage. Die Gewerkschaften aber, die schon seit Jahren, zum Teil sogar seit Jahrzehnten keine Opfer gescheut haben, die Arbeitslosen zu unterstützen und die in ihrer Organisation das System der Versicherung geschaffen und lebensfähig entwickelt haben, das sich selber nicht bloß als das Beste, sondern selbst als das einzig brauchbare bewährt hat, dürfen von Reich, Staat und Gemeinde verlangen, daß diese sie für ihre im gemeinnütigen Interesse gemachten hohen Aufwendungen schuldig halten und ihnen wenigstens einen Teil der für Arbeitslosenunterstützung verausgabten Summen zurückvergüten. Das Gewerkschafts System bezeichnet den Weg, auf dem diese Zurückvergütung am einfachsten zu regeln wäre und gerade jetzt, angesichts der drohenden Gefahr einer neuen Arbeitslosigkeitsperiode, ist es an der Zeit, daß mit der Einführung des Gewerkschafts Systems der Arbeitslosenversicherung endlich Ernst gemacht wird, denn die Gewerkschaften sind allein nicht imstande, allen den an sie heranretenden Anforderungen der Massenarbeitslosigkeit genügen zu können.

\* Mit Uingerechnung der Ausgaben für Lohnbewegungen und Tarifanstalten 12 746 656 M.

## Der Generalstreik der Chartistenbewegung in England.

In der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts hat die englische Arbeiterbewegung eine außerordentlich interessante Entwicklung durchgemacht, die ein riesiges Ausmaß der Anhängerzahl und auch eine Kraftentfaltung in der Arbeiterbewegung zeigt, wie sie in der Art bisher nicht wiederkehrt ist in der englischen Arbeiterbewegung. Es ist ein interessantes Geschichtsbild, das uns eine Zeit vorführt, in der die Arbeiterbewegung im nördlichen England und anderen Plätzen im nördlichen England, anarchotheoretischen Gruppen hin und her getrieben wurde bis zum vollkommenen Zusammenbruch.

Genosse M. Beer, der lange Zeit in England lebte, hat sich der sehr verdienstvollen Aufgabe unterzogen, in seinem Werk: „Geschichte des Sozialismus in England“ eine eingehende, mit vielem wichtigen Material ausgestattete Schilderung dieser so wichtigen Epoche der Arbeiterbewegung in England zu geben, wie es bisher noch für deutsche Leser nicht geboten wurde.

Die Chartistenbewegung hat ihre Begegnung nach einem Programm „Charte“, das in ihrer zusammengefügten Form die politischen Forderungen der Arbeiterschaft, insbesondere Gleichberechtigung in der parlamentarischen Vertretung forderte. Das englische Parlament bestand bis 1832 fast ausschließlich in den Händen der Großgrundbesitzer, die diese Macht durch Einführung der Korruption den Arbeitern unangenehm fügen ließen und zur Einberufung der großen sozialen Versammlungen, in welchen sich die englischen Arbeiter befanden, nichts unternahm. An der Aenderung dieses Zustandes waren nicht nur die Arbeiter, sondern auch die englische Bourgeoisie interessiert. Im Jahre 1832 gelang es, das Wahlrecht zu erweitern, die Bourgeoisie erhielt ihre Vertretung, während die Arbeiter die bittere Enttäuschung erleben mußten, daß ihre Forderungen auch in dem neuen Parlament scharf abgelehnt wurde.

Bei dem Versagen des politischen Erfolgs für die Arbeiterklasse bei den Wahlen trat nun eine tiefe Erbitterung und Enttäuschung ein, in der die Stimmung gegen die politische Aktion und die Anhängerschaft und schließlich auch als Kampfmittel für die Arbeiterklasse der Generalstreik eine große Rolle spielte. Es ist hier nicht möglich, ausführlich das sehr interessante, den Leser bei der Lektüre geradezu fesseln Kapitel aus der Schrift des Genossen Beer wiederzugeben, nur einige wichtige Vorgänge haben wir heraus. Wir werden in die Ideen, die den Schürmacher Benbow bewegten, schon im Jahre 1831 die allgemeine Arbeitsverweigerung zu propagieren, am besten eingeführt durch folgende Argumente:

„Das schlimmste Produkt der Unwissenheit besteht in der Annahme, daß andre Leute das für uns tun würden, was wir selber für uns tun müßten. Es ist reiner Wahnsinn, wenn Arbeiter von ihren Herren verlangen, die Rolle der Helfer zu übernehmen.“

Die Arbeiter müssen sich selber befreien. Und wenn die Arbeiter dies befreiten, so werden sie kämpfen. Von Wat Tyler bis Chifflewood gingen die Blutzeugen aus dem Volke hervor.

Die aber kann das Volk zu diesem Wissen und zu einheitlicher Aktion gelangen.

Durch die Proklamierung eines Ruhemonats: durch die Niederlegung der Arbeit. Man sagt uns, wir leben an Überproduktion. Gut. Hören wir auf zu produzieren. Die Herren werden lobens bald erfahren, daß Fülle von Gütern kein Uebel ist. Man sagt uns, wir leiden an Überbevölkerung. Gut. Zählen wir uns; erfahren wir, wie stark die Arbeiterarmee und wie gering die bevorrechtete Minderheit ist. Schon der Akt der Arbeitsniederlegung durch die Massen wird lehren das Bewußtsein ihrer Macht. Die

\* Verlag J. G. D. Dieck Nachf., Stuttgart. Preis 0.50 M., Das Werk sollte in keiner Arbeiterbibliothek fehlen.

Größe der einseitigen Aktion zeigen. Der Aufseher muß, um für die Arbeiter nützlich zu sein, zu einem Kongressmonat der Arbeiter werden; ein Volkstribunal zum Zweck der sozialen Bilanz-aufstellung; ein Nationalkongress, um die Teilnahme in die Pflicht zu schlagen.

Ob der Feiertag ausgerufen wird, müssen Vorbereitungen hierzu getroffen werden. Jede Ortsgruppe wählt ein Komitee, das die Aktion leitet und die Massen über Zweck und Bedeutung des Feiertags und des Kongresses aufklärt.

Jede Arbeiterfamilie soll sich mit Lebensmitteln auf eine Woche versehen, um länger ist nicht nötig. Ist die Arbeiterklasse nur eine einzige Woche einig und zielbewußt, so wird sich dann schon alles finden.

Neben den Verantwortlichen des Streiks, der schließlich im letzten Ergebnis zur Anwendung von Gewaltmitteln führen sollte, gab es auch Anhänger einer sanfteren Form. So erklärte 1893 ein Wiesbadener Arbeitermeeting:

„Nicht eine Insurrektion wird es sein, sondern ein passiver Widerstand; die Arbeiter werden ihre Mäße anziehen; es gibt kein Geis und es kann keines geben, das sie zwingen könnte, gegen ihren Willen in die Fabriken zu gehen. Sie können Spaziergänge machen, auf der Straße oder in die Felder; sie werden sich nicht in gebängten Massen den Flinten und Säbeln als Opfer darbieten, und zur Verlesung der Aufrufkarte wird es nicht kommen. Passivität wird genügen; eine arbeitslose Woche oder ein arbeitsloser Monat wird eine gute Lehre sein; die Wechsel werden nicht honoriert werden, das Geschäftleben wird stocken, die Londoner Gazette wird lange Listen von Bankrotten bringen, die Staatsbeamten werden ausbleiben, die ganze Regierungsmaschine wird in Konfusion geraten und Glibed um Glibed der Rette, die die Gesellschaft zusammenhält, wird sich auflösen durch das passive Verhalten der Massen gegen die Reichen.“

Indes, es blieb zunächst bei Erörterungen in Versammlungen, in denen auch besonders in London, wo die Gewerkschaften bereits auf einer gewissen Höhe angelangt waren, viel Widerspruch gegen die Taktik geltend gemacht wurde. Es kam zu kleinen Gekänkeln, die fast alles verließen und mit einer außerordentlichen Härte wurden die Arrangements des Streiks bestrafte.

Wohin Bedeutung erlangte die Frage des allgemeinen Streiks, als die Charitativbewegung auf der Höhe ihrer Entwicklung angelangt war, ohne doch zur Erlangung des gesteckten Ziels zu kommen.

Die Streitigkeiten über die Taktik in der Arbeiterbewegung schildert hier wie folgt:

„In der Frage des Endziels gab es drei Richtungen: eine war wenigstens bis zum Jahre 1845, bis zum Zusammenbruch der letzten orientalischen Kolonie — kommunistisch und parlamentarisch; sie strebte nach der politischen Macht, um Großbritannien in eine bestimmte Zahl von kommunistischen Kolonien zu verandeln, wobei vor allem die Vergesellschaftung des Grund und Bodens im Vordergrund kam. Diese Richtung herrschte bei den Proletariatsmassen Nordenglands vor. Die zweite war in ihren sozialpolitischen Voraussetzungen wesentlich, aber sie strebte nach der politischen Macht, um mit ihrer Hilfe freie Bahn zu schaffen für Sozialpolitik, Gemeinwohlwesen, politische Organisation, Bildung und Aufklärung der Arbeitermassen, um diese zu befähigen, das Band im sozialistischen Sinne umzuwickeln. Um diese Gedanken scharte sich die Arbeiterintelligenz Londons und Schottlands, die höchstwahrscheinlich nicht mehr als zehn Prozent des britischen Proletariats bildete. Die dritte Richtung war eine gewerkschaftliche, die die naturrechtliche Theorie vertrat, daß dem Arbeiter der volle Ertrag seines Schaffens gebührt, und in der Praxis die Forderung stellte: einen anständigen Lohn für einen anständigen Arbeitstag. Zu einer klaren Scheidung dieser Richtungen ist es nie gekommen. Ausgenommen in den Jahren 1833 und 1834, in denen die demokratische Aktion im individualistischen Sinne mit aller Schärfe hervortrat, waren die organisierten Arbeiter und die Charitisten der Ansicht, daß die Grundbedingung zur Befreiung aus der Lohnsklaverei in der Eroberung der politischen Macht liegt und daß deshalb alle Energien auf dieses Mittel zu konzentrieren sind. Der parlamentarisch-demokratische Gedanke beherrschte die Bewegung so vollständig, daß er ihr den Namen gab. Die Bewegung erhielt den Namen Charitismus von ihrem demokratischen Programm: dem Volkstribunal, der im Jahre 1837 bis 1839 zum Londoner Arbeiterverein angeregt und vom Tischler William Lovett verfaßt wurde. Der Volkstribunal war nichts weiter als ein trockener, klar geschriebener Gesetzentwurf, der folgende sechs Punkte in Form von Abschnitten und Paragraphen enthielt: 1. allgemeines Wahlrecht, 2. gleiche Wahlkreisinteilung, 3. Abschaffung des Zensus für Parlamentarierkandidaten, 4. einjährige Legislaturperiode, 5. geheime Abstimmung, 6. Plümen für Parlamentariermitglieder.“

Im Jahre 1839 wurde eine Petition für diese Volksrechte im Umfange gestellt, die im ganzen Lande eine große Zahl von Unterschriften erlangte. Gleichzeitig trat in London ein Volkstribunal, an dem Delegierte aus den Hauptstädten der Bewegung teilnahmen, zusammen, in dem die Frage der Taktik aufs heftigste diskutiert wurde. Von besonnenen Einwürfen, daß die Organisation der wichtigsten Faktor der Bewegung sein muß, legte die Wochenchrift „London Democrat“ folgende anarchoistische Phrasen entgegen:

„Organisation würde nicht tun. Nicht die organisierten Massen werden den Sieg bringen. Nein, nein! Der Sieg hängt ab von den Taten jener freudlosen Dänen, die kein Heim haben, sich vor Unwissenheit zu schützen, keine Nahrung, um sich satt zu essen, keine Kleidung, um sich warm zu halten oder anständig auszugehen, kein Mittel, um dem Leben einen Wert zu verleihen. Der Kampf wird aufgeführt werden von denjenigen, die von den Gezeiten ausgehoben werden, die Schlacht wird ausgefochten werden durch Präkanten, wie man diese Menschen nennt.“

Das Volkstribunal verlagte sich, um nach Birmingham zu gehen und hier angeleitet von C. Gwynne, dem Führer der Bewegung, alle Einwürfe gegen den Generalstreik in den Wind zu schlagen. Der Konflikt war unversöhnlich, die Arbeiterkraft von Birmingham ging auf die Straße, die aber vom Militär beschneit wurde. Der militärische Gewaltthäter, Kapitän, der im Versuch stand, mit der Charitisten zu sympathisieren, schrieb im Hinblick auf die Befehle des Volkstribunals:

„Die Charitisten sagen, sie werden den heiligen Monat halten. Gewerkschaften! Nichts werden sie halten. Die Arbeiter haben keine Mittel, um in die Gerichte zu gehen. Sie werden plündern und zu Hunderten gefangen werden. Die Charitisten werden sich über diese Frage spalten, oder wenn sie das feiern dennoch verhalten, sich sie verlorren. Sie reden von physischer Gewalt. Gewalt! Wir haben die physische Gewalt, nicht sie. Sie erzählen, sie haben 100.000 bewaffnete Männer. Aber wie sollen sie diese in Bewegung setzen, wenn sie müssen ihren Anstellungen mit der Bewachung des Eigentums und so mit Generalgeheimnissen überdeckt? Was können die 100.000 Mann mit ihren Säbeln und alten Flinten erreichen gegen meine Grasarmen, die heulend, tragend und gerendel mit heulender Stimme unter ihnen wehen werden?“

Der Erfolg der Bewegung trieb in eine wüste Revolte aus, die wenig überdauert wurde und schreckliche Teilnahmen auf Jahre im Gefolge brachte.

Der Erfolg der Generalstreik wurde in London, wo das Volkstribunal wieder überlebte, weiter diskutiert.

Die Delegierten Arthur, Dickinson und Dr. Fletcher von London, John, B. B. B., G. G. G., G. G. G., G. G. G. und G. G. G. von Generalstreik diskutierten. James Taylor (Stockdale) war dabei.

„Könnte der allgemeine Streik nicht als ein Mittel zur Diskussion der allgemeinen Fragen dienen? Sollte die Arbeiterklasse nicht die allgemeine Bewegung? Sollte die Arbeiterklasse nicht die allgemeine Bewegung? Sollte die Arbeiterklasse nicht die allgemeine Bewegung?“

Ausführbarkeit dieser Maßregel in Erwägung ziehen, sondern auch die Folgen. Man sagt uns, der Generalstreik bedeute eine unblutige Revolution. Diejenigen, die uns das sagen, wissen besser: sie wissen, daß er zu Blutvergießen und Plündern führen muß. Aus meinen Ausführungen darf indes nicht geschlossen werden, daß ich absolut gegen den Generalstreik wäre. Ich möchte nur im vorhinein wissen, ob der Schritt wohlüberlegt sei und was wir gewinnen, wenn er erfolgreich ist, und was wir verlieren können, wenn er mißlingt. Obgleich ich der Ansicht bin, daß ein Generalstreik unausführbar und töricht ist, so bin ich gern bereit, mich durch Gründe vom Gegenteil überzeugen zu lassen.“

Wurde, der zu der von Dr. Taylor vorbereiteten Verschwörung gehörte, rief:

„Es hat keinen Zweck, jetzt Halt zu rufen. Was wir auch nunmehr tun mögen, setzen wir uns Gefahren aus. Der Zweck des Generalstreiks ist, den herrschenden Klassen zu Gemüte zu führen, daß, wenn wir die Arbeit niederlegen, die Regierung auch das Staatsruder niederlegen muß und allen Profitmachern die Profitquelle verstopft wird.“

Diesem antwortete William Carpenter:

„Je mehr ich von der Bedeutung des Generalstreiks überzeugt werde, desto größer wird meine Verlegenheit. Meine Kritik setzt mich zwar der Gefahr aus, kurzscham oder gar feige, wenn nicht noch schlimmeres genannt zu werden, aber ich glaube, es gehört jetzt mehr dazu, gegen den Generalstreik zu sprechen, als ihm zuzustimmen. Es ist besser, sich Beschimpfungen auszusetzen, als sich blindlings von der Setzmaße mitreißen zu lassen.“

Die schärfere Tonart fand in den Massen sehr viel Anklang, und so fanden am 12. August große Umzüge und Versammlungen statt, die in einigen Ortschaften mit Tumulten endeten. Das schärfste Zugreifen der Justiz und Beschränkung ließ indes eine weitere Kraftentfaltung nicht auskommen. Das Volkstribunal löste sich schließlich selbst auf.

## Unsere Justiz.

VII.

Einen besonderen Kampf führen die Gerichte gegen das Wort „Streikbrecher“. Während Juristen, die ihre Kollegen Streikbrecher titulieren, in Wahrnehmung berechtigter Interessen handeln, begehren Arbeiter, die das Wort in gleicher Weise gebrauchen, ein schweres Verbrechen. In Hamburg wurde u. a. das Wort unter Vorbehalt des Amtsrichters v. Böhl mit drei Monaten Gefängnis bestraft, in den Ruhrstreikprozessen mit Gefängnis bis zu 2 Monaten.

Die Gerichte bestrafen aber auch alle Erfahungen, welche die Arbeiter zur Bezeichnung der Streikbrecher erfunden haben, „Nicht-raucher“, „Mauskreißer“, „Heidelberger“ usw.

In der Eschurter „Tribüne“ erschien am 31. Dezember 1910 eine Notiz, worin kurz über den Stand eines Streiks berichtet wurde, der in einer Maschinenfabrik in Soersgesphen bei Esfurt ausgebrochen war. Unter anderem wurde auch die Mitteilung gemacht, daß sich einige Elemente gefunden hätten, die für die Firma Mauskreißerdienste machten. Im Anschluß daran veröffentlichte die „Tribüne“ die Namen von vier Arbeitswilligen. Durch den Ausdruck „Mauskreißerdienste“ soll nun der Arbeitswillige Heinrich beleidigt worden sein. Der Mann selbst sah sich ja nicht beleidigt, aber er wurde von dem Amtsanwalt vorgeladen und darauf aufmerksam gemacht, daß der Ausdruck „Mauskreißer“ doch eine Beleidigung für ihn sei. So wurde er verurteilt, Strafantrag gegen den verantwortlichen Redakteur der „Tribüne“, Genossen Pechold, zu stellen. In der Verhandlung der Strafkammer äußerte der Vorsitzende die Meinung, daß das Wort „Mauskreißer“ gleichbedeutend sei mit „Streikbrecher“. Vom Reichsgericht sei festgestellt, daß der Ausdruck „Streikbrecher“ eine Beleidigung sei. Das Urteil lautete auf vier Wochen Gefängnis.

In letzter Zeit wolle die Gerichte nun auch selbst in dem Wort „Arbeitswilliger“ eine Beleidigung sehen.

Schon in den Ruhrprozessen beantragte ein eifriger Staatsanwalt wegen des Wortes „Arbeitswilliger“ Strafe, weil es in höhnischem Ton gesagt worden sei. Er meinte, unter Umständen könnten auch „Widmar“ oder „Wolke“ Schimpfworte sein. Das Gericht folgte jedoch diesen Ausführungen nicht.

Anders in folgendem Fall. Der Spandauer Bezirksleiter des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Richter, hatte während des Spandauer Kumpnerstreiks einen Bau betreten und gesagt: „Alle, die hier arbeiten, sind Arbeitswillige.“ Vom Spandauer Schöffengericht war Richter in dieser Sache am 4. Februar 1911 wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung zu drei Wochen Gefängnis verurteilt worden. Die Strafkammer hatte seinerzeit das Urteil bestätigt. Auf eingelegte Revision hob das Kammergericht das Urteil auf, weil keine Nötigung vorlag, und wies die Sache an das Landgericht zurück. Die Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts III endete mit der Verurteilung Richters zu drei Wochen Gefängnis wegen formaler Beleidigung, weil er das Wort „Arbeitswilliger“ in hämischer Weise gebraucht habe.

Selbst in den hiesigen Worten: „Hi, Hi, wau, wau, parr, parr“, die ein freiziehender Bergmann einem „Arbeitswilligen“ nachrief, wurde eine schwere Beleidigung gefunden.

Die Dortmund Strafkammer entschied: Hi, Hi, Hi die Ausführung von Hi. Das ist ein verbotenes Wort. Der Auser habe das gewußt, und darum sich mit der Verhöhnung begnügt. „Parr, Parr“ ist die Anspielung auf einen revolverbewaffneten Arbeitswilligen.

Alles „Dan, Dan“. Hinter dem vom Staatsanwalt vertretenen dieses Wortlauts kam auch das Gericht nicht.

Es schloß die Verhandlung, indem es den Auser zu 30 Mk. Geldstrafe verurteilte.

Eine Anzahl anderer schöner Urteile hier wiedergeben, muß leider unterbleiben, denn die verschlungenen Wege der deutschen Justiz bis in alle Einzelheiten zu verfolgen, ist unmöglich. Die in einigen Auszügen hier wiedergegebene Arbeit von E. Kuttner genügt aber, um ein kleines Bild des Treibens und Wailens unserer Rechtspflege zu zeigen und auch ein Stück Lebensgeschichte der Gewerkschaftsbewegung. Jahre lang, jahraus wandern Hunderte von Arbeitern, die von den besten Absichten geleitet, ihren Berufscollegen ein erträgliches Dasein erringen wollen, ins Gefängnis. Ein schweres Martyrium, unter dem oft Frau und Kinder schwer zu leiden haben, aber nicht ohne Nutzen für die Arbeiterbewegung. Der Kampf muß durchgehalten werden in jeder Ausdauer, er wird nicht eher enden, bis auch der Arbeiter sich die Position als Gleichberechtigter erobert. Kapitalistische Ausbeutung und rechtliche Unterdrückung sind innig miteinander verknüpft.

## Interessante Vorgänge im Ruhrgebiet.

II.

Wichtig ist, daß durch den verlorenen Streik alle Bergarbeiterverbände an Mitgliedern eingebüßt haben, aber für diesen Verlust machen wir den christlichen Gewerkschaften verantwortlich. Sein Streikbruch hat Mißtrauen, Hoffnungslosigkeit und Gewerkschaftsverleumdung bei vielen Bergleuten hervorgerufen und darunter haben leider auch diejenigen Verbände zu leiden, die den Bergleuten gegenüber ihre volle Pflicht und Schuldigkeit getan haben. Wenn der Gewerkschaften von den Mitgliedern nicht an Härtesten betroffen wurde, so hat er das reichlich verdient. Er hat die Arbeiter in den Schmutz getrieben und seine Mitglieder mit dem Odium des jählingsen Bruderverrats behaftet. Weil es so liegt, deshalb wird der christliche Gewerkschaften wohl niemals seinen alten Mitgliederstand wieder erreichen, während der Bergarbeiterverband, die führende Organisation beim Streik, sich von dem Schlag erholen und wieder vorwärts marschieren wird. Wäre es der Meinung des Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter ernst mit ihrem Aufruf,

dann hätte sie sich an die Leitungen der übrigen Verbände gewendet und um eine Aussprache ersucht. Ständig auf alte Erfahrungen, wären der christlichen Organisation dann die Bedingungen gestellt worden, unter der eine Arbeitsgemeinschaft möglich ist. Die Gewerkschaftsleitung täuscht sich, wenn sie den Weg zur Verständigung, wie sie ihn mit dem Aufruf eingeschlagen hat, für den richtigen hält. Ihre Taktik ist zu durchsichtig, als daß die organisierten Arbeiter der anderen Verbände darauf hereinfallen.

Eine Arbeitsgemeinschaft will der Gewerkschaft anstreben. Wie aber steht es mit einer solchen in Kiew, wo er selbst die meisten Mitglieder zählt? Wie hat die christliche Organisation die übrigen Verbände im Saarrevier noch vor 1/2 Jahren bei der von ihr eingeleiteten Lohnbewegung behandelt? Obwohl diese Verbände ihre Mitwirkung nicht verweigert hatten, wurden sie höhnend von der christlichen Gewerkschaftsleitung zurückgestoßen. Allen gewerkschaftlichen Regeln zum Hohne! Und bis heute denkt der christliche Gewerkschaften nicht daran, im Saarrevier eine Arbeitsgemeinschaft aller Verbände herbeizuführen. Und was das Schlimmste ist, während sich die Gewerkschaftsleitung ihren Aufruf überlegte und diesen niederzuschreiben ließ, boten Verbände im rheinischen Braunkohlenrevier dem Gewerkschaften die Arbeitsgemeinschaft an. Die christlich organisierten Arbeiter in diesem Kohlenboden würden nichts gegen ein gemeinsames Vorgehen haben, aber die Bezirksleitung will davon nichts wissen. Sie leitete im Einverständnis mit dem christlichen Hauptvorstand vor mehreren Monaten die Lohnbewegung allein ein und leitete diese allein bis heute weiter und sie wird auch weiterhin noch so verfahren, bis die rheinischen Braunkohlenbergleute diese Komödie vollenden sich sind. Viele sind es nicht mehr, die an den Ernst dieser Lohnbewegung noch glauben. Im Ruhrrevier (bei Aachen) hat die christliche Bezirksleitung im Laufe dieses Jahres allerdings den Bergarbeiterverband aufgefördert, sich einer vom christlichen Gewerkschaften eingeleiteten Lohnbewegung anzuschließen, aber man wollte nur eine so schwache Vertretung des Verbandes zu den Kommissionen zulassen, daß diese Vertretung jederzeit überstimmt werden konnte, also nichts zu sagen hatte. Von der Gleichberechtigung, wie sie dem Gewerkschaften bei föhleren Arbeitsgemeinschaften im Ruhrgebiet zuteil wurde, keine Spur. Der Verband lehnte die ihm zugewilligte Vertretung ab, erklärte aber, Solidarität zu üben, wenn es zu einem Streik kommen würde. Diese Solidaritätserklärung ist christlichseits nach Noten heruntergerissen worden. Aber sie wirkte doch insofern, als die Braunkohleneute vor einer Lohnkommission, wie sie im rheinischen Braunkohlenboden vor sich geht, bewahrt wurden. So steht es in den Domänen aus, wo der christliche Gewerkschaften die stärksten Mitgliederzahlen hat. Und es ist ganz recht und billig, an die Gewerkschaftsleitung die Frage zu richten, wie sie sich eine eventuelle Arbeitsgemeinschaft der Verbände im Saar- und Ruhrrevier, im rheinischen Braunkohlengebiet, überhaupt überall dort, wo der Gewerkschaften dominiert, denkt. Von der Haltung der Gewerkschaftsleitung in diesen Kiewer Kreisen sich Schlüsse ziehen, welche Absichten bei Abfassung des Aufrufs mitteilten. Wir fürchten, daß die Gewerkschaftsleitung die Arbeitsgemeinschaft in den zuletzt genannten Kiewer Kreisen ablehnt.

Es bleibt die Frage offen, ob es möglich ist, ohne Rücksicht auf andere Kiewer eine Arbeitsgemeinschaft im Ruhrgebiet allein abzuschließen. Möglich ist das, da ein solcher Zustand schon früher bestanden hat. Wir können auch verstehen, warum es dem Gewerkschaften auf eine Arbeitsgemeinschaft gerade in diesem Kiewer ankommt. Als eine solche hier bestand, ist der Gewerkschaften gut gegangen. Solange er allein marschierte, konnte er im Ruhrgebiet nichts werden, erst dann entwickelte er sich, als er Verbindung mit dem Bergarbeiterverband bekam und von diesem als gleichberechtigter Faktor in der Bergarbeiterbewegung angesehen wurde. Das es doch Zeiten, wo die Redner des Verbandes die Bergleute aufforderten, sich zu organisieren, gleichviel ob im freien oder christlichen Verbände und christliche Redner haben daselbst getan. Der Verband erstarb, der Gewerkschaften auch. Aber als der letztere glaubte, stark und einflußreich genug zu sein, gestörte er die Arbeitsgemeinschaft und proklamierte den Streikbruch. Er glaubte, der Bergarbeiterverband würde durch einen verlorenen Streik, durch die angewandten und von den christlichen Führern verlangten Gewaltmaßnahmen (Militär, Mißhandlungen, Einsperrungen, Einhaltung der Kontraktbruchstrafe usw.) in Erläuterung gehen, der Gewerkschaften hingegen als „fluger Berater“ der Bergleute, vornehmlich aus den Reihen der Streikbrecher und der Verdrossenen an Mitgliedern gewinnen. Dieses Sabotagepiel ist dem Gewerkschaften nicht gelungen. Gepeinigt sind die Streikenden genug worden, aber es stieg die Verachtung, die der Gewerkschaften durch sein frevelhaftes Spiel auf sich geladen hatte. Nur das gemeinsame hegenannte Verbrechen und der religiöse Fanatismus hält den Gewerkschaften auf der Höhe, auf der er mit seinem reduzierten Mitgliederstand heute steht. Tausende lehnen ihm den Rücken. Bei manchem der Verbliebenen mag nun auch die Scham zurückgekehrt sein und die Erinnerung an frühere Zeiten, wo die Arbeitsgemeinschaft Erfolge für die Verbände und Bergarbeiter mit sich brachte. Dann erlebte die christliche Gewerkschaftsleitung noch eine herbe Enttäuschung. Um den Streikbruch möglichst zu decken, kam man nach dem Streik und eskalierte eine ziellose und frivole Agitation gegen die Vertreter des Verbandes im Bochumer Anknappschäftsverein. Der Verband wurde selbst mit angegriffen. Ihm wurde vorgeworfen, daß er die Interessen der Bergarbeiter nicht genügend vertreten habe. Wer weiß, was den Bergleuten die Anknappschäftsliste gilt, weiß auch die vom Gewerkschaften eingeleitete wilde Agitation einzuschlagen. Diese Agitation ist gleichfalls fehlgeschlagen. An Gerichtsstelle wurde selbst von Gegnern des Verbandes anerkannt, daß die Verbandsältesten ehrlich, ernst und würdig die Interessen der Anknappschäftsmitglieder vertreten hätten. Es ist daher sehr bezeichnend, daß der Gewerkschaften für die kommende Generalversammlung des Anknappschäftsvereins, die in diesem Herbst stattfinden, schon die Arbeitsgemeinschaft hergestell wissen will. Wir lesen das aus der letzten Nummer des Organs des christlichen Gewerkschaftens vom 25. August heraus. Dem Gewerkschaften sind auch im Anknappschäftsverein die Agitationsfelle weggeschwommen, sonst hätten wir auf seinen Aufruf noch lange warten können. Der Gewerkschaften weiß eben nicht ein noch aus. Dazu kommt noch, daß er sich auch von seinen Schwestern, den Unternehmern, den bürgerlichen Parteien und der bürgerlichen Presse mehr und mehr verlassen sieht.

Jetzt sollen die anderen Verbände helfen, dem christlichen Gewerkschaften den Karren aus dem Dred zu ziehen. Ob sie es tun werden, wissen wir nicht. Wir haben den Verbänden nicht ihre Taktik vorzuschreiben. Aber für so lang halten wir sie, daß sie sich von dem Aufruf nicht bilplieren lassen. Will der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter eine Arbeitsgemeinschaft, dann muß er, um seinen Zweck zu erreichen, schon andere Proben sich leisten, als der Aufruf eine ist. Was er an den Bergarbeitern verbrochen hat, läßt sich nicht über Nacht und mit Kleinigkeiten abtun; da hat der Gewerkschaften schon mit anderen Mitteln zu zeigen, daß er gewillt ist, ernst und ehrlich an die Seite der anderen Verbände zu treten. Ohne formelle Arbeitsgemeinschaft ist ihm auf der kommenden Generalversammlung des Bochumer Anknappschäftsvereins die erste Gelegenheit dazu geboten, zu zeigen, ob er mit den übrigen Verbänden zusammenarbeiten will. Ein weiterer Punkt wird der sein, daß sich der Gewerkschaften klar und klar erklärt, daß er gewillt ist, den nächsten Streik der Bergarbeiter gemeinschaftlich mit den anderen Verbänden auszufechten. Ein nochmaliger Versuch, wie er 1912 vor sich ging, muß ausgeschlossen sein. Der Gewerkschaften mag sich ohne Rücksicht auf seine Hintermänner und Drahtzieher hierüber klar aussprechen. Und es gilt dann noch die Frage an lösen, wie sich der Gewerkschaften zu der Arbeitsgemeinschaft der Verbände in den von ihm beherrschten Gebieten stellt. Sind die Antworten klar und zufriedenstellend, werden auch weitere Kreise als die der Bergarbeiter von den christlichen Absichten des Gewerkschaftens überzeugt und der Arbeitsgemeinschaft nicht nur das Wort sprechen, sondern sie in Zukunft auch kräftig unterstützen. Im übrigen werden ja die Verurteilten selbst, die Verbände, die dem Gewerkschaften gegenüberstehen und an die der Aufruf gerichtet ist, das rechte Wort am rechten Platz finden.

Die Aussicht ist eine sehr trübe zu nennen und kommt auf ungefähr acht Mann ein Aufsichtsbearbeiter. Durch Ueberbietung in der Reglementierung kommt es auch öfters zu Zwischenfällen mit den Arbeitern. Ein früherer Kollege, jetzt Bruchmeister, hat sich in letzter Zeit in dieser Beziehung besonders hervorgetan. Ein geordnetes Verhältnis ist unter so viel Kommandosführern leicht möglich. Die Direktion dagegen ist von friedlichen Neigungen durchdrungen. Durch falsche Informationen der Direktion seitens der Bruchmeister gegenüber den Arbeitern kommt es öfters zu Auseinandersetzungen, welche aber durch das Entgegenkommen des Herrn Direktors bisher glatt beseitigt werden konnten. Die Arbeiter sind der Meinung, daß die Direktion endlich die Gerechtigkeit der Arbeiter, welche stets das Gute wollen und Interesse am Gedeihen des Betriebes haben, einstellt und in Zukunft verlaßlichere Beeinflussungen glatt abwenden wird. Die Arbeiterkassette in Hornberg steht geschlossen allen Eventualitäten gegenüber. Den Kollegen im Schwarzwald können wir aber zurufen: Seid einig wie wir, und werdet unter den uns noch Fernstehenden.

## August Bebel als Sozialpolitiker.\*

Von Dr. Heinrich Braun.

I.

Unter dem unmittelbaren Eindruck des Todes von August Bebel steht die Diskuzion, um in klüß abwägender historischer Betrachtung seine weltvermeigende und fruchtbarste Wirksamkeit auf dem Gebiet der Sozialpolitik zu würdigen. Nur in kurzem Umriß soll hier ihr Ergebnis geschildert werden. Von Anfang bis zu Ende war Bebel's Arbeit der Sozialpolitik in unbedingter Konsequenz und nie erlahmendem Eifer zugewendet. Unter den Krängen, die dem sozialdemokratischen Führer, an dessen Bahre auch die Gegner ihre Waffen senkten, Liebe und Dankbarkeit gewidmet haben, waren deshalb die seinem Anteil an der Sozialpolitik geltenden vielleicht die wertvollsten.

Bebel's sozialpolitische Leistung in ihren Einzelheiten eingehend zu würdigen, wäre in diesem Moment kaum möglich. Eine solche Arbeit erforderte Stille und kritische Prüfung eines sehr großen und schwer überschätzbaren Materials. Sein Leben war mit der Arbeiterbewegung der letzten 50 Jahre in uniger Wechselwirkung so verflochten, daß eine gründliche Darstellung — auch in der Beschränkung auf die Sozialpolitik — zur Schilderung eines erheblichen Teils der Arbeiterbewegung sich gestalten würde. Ihre zahlreichsten Dokumente: die Programme der Sozialdemokratie mit den sich anschließenden Erörterungen, die Beschlüsse der Parteitage und ihre Verhandlungen, sowie die sonstigen offiziellen Kundgebungen aller Art bilden in großem Umfang auch entscheidende Lebenszeugnisse von Bebel selbst, weil kein anderer in so hervorragendem Maße an ihrer Gestaltung beteiligt war wie er. Bei der Beeinflussung aber, die alle Zweige der heutigen und der internationalen Arbeiterbewegung direkt oder indirekt durch ihn erfahren haben, ist wie die politische auch die gewerkschaftliche Bewegung und deren geschichtlicher Entwicklungsgang in nicht geringem Grade mit Bebel's Wirken verknüpft, so daß man ihm nicht gerecht werden könnte, ohne daß die Untersuchung sich auf dieses reiche Material gleichfalls ausdehnte. Der eigentliche Schwerpunkt von Bebel's sozialpolitischer Wirksamkeit ruht naturgemäß in den Parlamenten. Es gehörte darum zur Aufgabe, die circa 300 Foliohände der Stenographischen Protokolle und der Druckfachen des Reichstags des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reichstags, mit ihren über mehr als 40 Jahre sich verteilenden tausenden großen und kleinen Neben Bebel's, den Gesetzentwürfen und Initiativanträgen, die auf ihn zurückzuführen sind, durchzumustern, um, was von ihnen zur Sozialpolitik gehört, auf seinen Wert zu prüfen. Hierzu können seine aus 25 Jahren sich erstreckenden parlamentarischen Leistungen als Mitglied des sächsischen Landtags. Nicht zuletzt wäre neben mancherlei anderem Bebel's schriftstellerische Arbeit und sein rednerisches Wirken in der Volksversammlung zu würdigen.

Gegenüber dieser ebenso schwierigen wie zeitvollen Aufgabe kann es sich hier nur um eine Skizze handeln, die gewissermaßen in Stichproben ein Bild von Bebel als Sozialpolitiker entwerfen soll. Am 21. Jahre war er alt, als er am 19. Februar 1861 durch den Beitritt zum Leipziger Bildungsverein den ersten Schritt in das öffentliche Leben tat. Bildungsvereine waren zu jener Zeit in Sachsen die Sammelpunkte der geistig und politisch interessiertsten Arbeiter. Dies ergab sich daraus, daß der Bundesratsbeschluss von 1858 noch bestand und durch ihn die Begründung von aus- gezeichneten Arbeitervereinen verhindert wurde. Zugleich ließ das mangelhafte Klassenbewußtsein der Arbeiter sich zunächst gefallen, daß in den Bildungsvereinen bürgerliche Vertreter des Liberalismus die Führung in Anspruch nahmen, ohne daß mehr als vereinzelte Widerspruch sich erhob.

Im Leipziger Bildungsverein und in dem aus seinem Zusammenschluß mit dem mehr politisch gefärbten Verein hervorgegangen (nach der durch die sächsische Regierung verfügten Aufhebung des erwähnten Bundesratsbeschlusses) im Jahr 1865 entstandenen Arbeiterverein erwarb sich Bebel, zunächst ganz im liberalen Rahmen schwimmend, seine politischen Sporen. Nach gelangte er zu Einfluss, und bereits im Juni 1868 wurde er zum Vereinsrat der sächsischen Arbeitervereine nach Frankfurt a. M. delegiert. In jenen Vereinen und auf ihren Vereinstagen entfaltete sich großer sozialpolitischer Eifer. Die Forderungen eines gesetzmäßigen Normalarbeitstags, der Abschaffung der Kinderarbeit in Fabriken und Werkstätten, des Koalitionsverbots, der Sonntagsarbeit, des Bergens nach Gewerbebezirken, einem Haftpflichtgesetz, dem Frauenstimmrecht u. dgl. m. waren Gegenstände der Beratungen und Beschlüsse der verschiedenen Vereinstage. Die radikale Strömung in ihnen kam 1865 auf dem Stuttgarter Vereinstag zum Durchbruch, und von dieser Zeit an datiert Bebel auch seinen Übergang zur Sozialdemokratie, den die Zeitschriften der sozialistischen Strömung der liberalen Führer in der Arbeiterfrage und der persönliche Einfluss Bebel's bewirkt hatten. Bebel wurde im Verband mehr und mehr der Exponent des immer stärker sich entfaltenden Klassenbewußtseins seiner proletarischen Mitglieder, und es gelang seiner energiegelassen Agitation und seinem Einfluss — er war nunmehr Verbandsvorsitzender geworden —, gegenüber der politischen Zweifelsfähigkeit, die in den Arbeitervereinen herrschte, 1868 auf dem Verbandstag in Nürnberg einem eindeutigen Programm zur Annahme zu verhelfen, in dem der Anschluss an die Bestrebungen der internationalen Arbeiterassoziation ausgesprochen wurde.

Inzwischen hatte Bebel die parlamentarische Bühne betreten, auf der er anderthalb Menschenalter wirken sollte. 1867 wurde er in den konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes gewählt, und von da ab gehörte er dem Reichstag des Norddeutschen Bundes, wie dem Zollparlament und nachher dem Deutschen Reichstag mit einer Unterbrechung circa 48 Jahre lang an. In die Anfänge der parlamentarischen Tätigkeit Bebel's fällt die Episode, die den realpolitischen Grundzug seines Wesens, der ihn recht eigentlich zum Sozialpolitiker machte, in besonderer Deutlichkeit hervorheben lässt. Dieser Vorgang wirt sich auf die ganze politische Laufbahn Bebel's, und deshalb muß er erwähnt werden, da auf Einzelheiten seiner sozialpolitischen Wirksamkeit eingegangen wird. Es handelt sich dabei um Bebel's Konflikt mit Liebknecht in Fragen praktischer Politik und namentlich der Beteiligung der Sozialdemokratie an der parlamentarischen Arbeit. Liebknecht nahm ihnen gegenüber den Standpunkt schroffer Negation ein. Er erklärte die Tätigkeit im Reichstag des Norddeutschen Bundes seitens der Vertreter der Arbeiterklasse für vollkommen wertlos, da an ihre gesetzgeberische Einwirkung nicht zu denken sei. . . . den im Reichstag fast ausschließlich vertretenen herrschenden Klassen gegenüber ist der Sozialismus keine Frage der Theorie mehr, sondern einfach eine Machtkraft, die in keinem Parlamente, die nur auf der Straße, auf dem Schlachtfelde zu lösen ist, gleich jeder anderen

Frage. Welchen „praktischen“ Wert hat also das Reden im Reichstag? Keines. . . . Und wir sollten aus praktischen Gründen parlamentarisch? Nur der Verrat oder die Ketzlichkeit kann es uns zurechnen. . . . weg mit dem Kultus des allgemeinen und direkten Wahlrechts! Beteiligen wir uns nach wie vor energisch an den Wahlen, aber denken wir sie bloß als Agitationsmittel. . . . Das allgemeine Wahlrecht erlangt seinen bestimmenden Einfluss auf Staat und Gesellschaft erst nach Befestigung des Volkes und Militärs.

Nach wenn Liebknecht nicht, wie es Bebel in seinen Memoiren schreibt, auf Grund überlegener Bildung, viel längerer politischer Erfahrung und des ihm eine besondere Glorie verleihenden intimen Verkehrs mit Marx und Engels während des zwölf Jahre dauernden Aufenthalts in England auf ihn einen „erheblichen Einfluss“ ausgeübt hätte, schon der Umstand, daß der neben ihm hervorragende Parteiführer jenen Standpunkt einnahm, mußte auf Bebel des gesunden politischen Instinkts, der Bebel davor bewahrte, auch nur für einen vorübergehenden Moment zu jenen politisch impotenten Anschauungen sich zu bekennen, und an die Stelle kraftvoller, unmittelbar sich betätigender politischer Energie die unsicheren Hoffnungen und eines wirkungslosen Appells an die Gewalt zu setzen. Um so erstaunlicher, als Bebel von dem einflussreichen Glauben an den Sozialismus und die durch ihn herbeizuführende Weltumdeutung viel tiefer durchdringt war als der verstandesmäßiger geartete Liebknecht. Aber gerade die Vereinnahmung von idealistischem Schwung und realistischer Besonnenheit hat es bewirkt, daß kein anderer Führer der Sozialdemokratie in Deutschland eine solche Herrschaft über die Massen besaß und ähnliche Erfolge erzielte wie Bebel. Der Bemerkung bedarf es nicht, daß Liebknecht seine Intransigenz nicht dauernd aufrecht erhielt; aber immerhin verhallten fast 10 Jahre, bis er in dem vom 15. November 1888 datierten Wortwort zu der „neuen unveränderten Auflage“ der erwähnten Rede sie ausdrücklich desavouierte.

## Zum Bauarbeiterchutz.

Am 10. August d. J. veröffentlichte das „Centralblatt der Bauverwaltung“ für Preußen folgenden „Runderlaß, betreffend die Arbeiterfürsorge auf Bauten“:

Berlin, den 4. Juli 1915.

Nach den gemachten Erfahrungen ist die Anwendung offener Kottkeller zur Ausrottung von Neubauten auch bei Beachtung der vorgeschriebenen Vorkehrungsmaßnahmen mit Gefahren für die Gesundheit der Arbeiter verbunden. Es erscheint deshalb geboten, die Verwendung dieser Feuerung im Innern eines Hauses weiterhin nicht mehr zuzulassen.

Soweit zur künstlichen Ausrottung von Neuen oder Umbauten Kottkellen notwendig sind, werden hierzu solche zu verwenden sein, die mit einer Dunstklappe und mit einem Rohr zur Ableitung der Gase aus dem Bau versehen sind.

Es. . . . lassen wir hierbei einen Abdruck der dementsprechend geänderten „Grundzüge“, die zugleich die Anordnungen des Erlasses vom 28. August d. J. berücksichtigen und im übrigen unter Ziffer 8 einige weitere Änderungen aufweisen, mit dem Ersuchen zugehen, gefälligst Sorge zu tragen, daß die bestehenden Polizeiverordnungen, betreffend die Arbeiterfürsorge auf Bauten, gelegentlich dem Wortlaut der jetzt vorliegenden Grundzüge angepaßt werden. Neu zu erlassenden Verordnungen sind diese selbstverständlich gleichfalls zugrunde zu legen.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten.

H. A. : F r e d r i c h.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

H. A. : R e u m a n n.

Der Minister des Innern.

H. A. : F r e u n d.

Grundzüge für Polizeiverordnungen betreffend die Arbeiterfürsorge auf Bauten.

1. Die Bestimmungen unter Ziffer 2 bis 8 finden Anwendung:  
a) bei Hochbauten, wenn einschließlich der Poitere und Zehrlinge mehr als 10 Personen \* zur Zeit der Hochbauausführung gleichzeitig auf dem Bau beschäftigt sind; während der Hochbauausführung vorübergehend beschäftigte Arbeiter, wie Zimmerleute und Stater, werden nicht in diese Zahl eingerechnet;  
b) bei Tiefbauten, welche von Unternehmern ausgeführt werden, wenn an einer bestimmten Stelle des Baues mehr als 10 Personen \* länger als eine Woche gleichzeitig beschäftigt sind.
2. Zur Benutzung während der Arbeitspausen und bei unglücklicher Witterung sowie zur Aufbewahrung von Kleidern, Lebensmitteln und Geschäften muß für die auf Bauten beschäftigten Arbeiter ein allseitig dicht umschlossener, mit Fenstern genügend versehener, luftbarer Unterkunftsraum geschaffen werden, der im Mittel mindestens 2,20 Meter im Lichten hoch sein muß und dessen Grundfläche derart zu bemessen ist, daß auf jeden bauern auf dem Bau beschäftigten Arbeiter (Ziffer 1) eine Fläche von wenigstens 0,75 Quadratmeter entfällt.

Der Unterkunftsraum muß mit festem Dielenfußboden versehen und in der kälteren Jahreszeit heizbar sein. Für die dauernd auf dem Bau beschäftigten Arbeiter sind in den Unterkunftsräumen Sitz- plätze und Tische zur Verfügung zu stellen. Baumaterialien irgendwelcher Art dürfen in den Unterkunfts- räumen nicht gelagert werden.

Bei Tiefbauten müssen diese Räume so belegen sein, daß der Beschäftigungsort eines jeden Arbeiters von der Unterkunftsfläche der Regel nach höchstens 500 Meter entfernt ist. Für schwimmende Unterkunftsräume findet die Vorschrift über die notwendige Licht Höhe keine Anwendung.

2a. Sinkt in der Zeit vom 1. November bis 1. April die Außentemperatur unter + 10 Grad Celsius, so ist der Unterkunftsraum genügend zu erwärmen.

3. Den Arbeitern muß auf der Baustelle die Möglichkeit gegeben sein, Speisen und Getränke zu erwärmen. Bei Tiefbauten außerhalb geschlossener Ortschaften sind die Wärmevorrichtungen unmittelbar bei der Baubude anzulegen.

Es kann zugelassen werden, daß während der kälteren Jahreszeit die Heizanlage der Baubude zugleich als Wärmevorrichtung für Speisen und Getränke eingerichtet und benutzt wird.

4. Bei Bauausführungen (vergl. Ziffer 1) müssen für die Arbeiter Aborte in solcher Anzahl vorhanden sein, daß ein Sitz (Wille) für höchstens 25 Personen dient. Beim Vorhandensein mehrerer Aborte ist zwischen je zwei Sitzen eine Scheidewand anzubringen. Für am Bau beschäftigte Frauen sind besondere Bedürfnisanstalten zu errichten.

Die Aborte müssen möglichst entlegen von den Unterkunfts- räumen (Ziffer 2), der Regel nach mindestens 8 Meter davon entfernt, aufgestellt werden; sie müssen genügend hell und verat- terlicht sein, daß von außen nicht hineingesehen werden kann. Erforderlichenfalls sind vor den Türen Blenden anzubringen. Die Aborte dürfen keine durchlässigen Gruben erhalten. Sie sind entweder an eine öffentliche Entwässerungsanlage vorchriftsmäßig anzuschließen, oder es müssen wasserdichte Tonnen, welche nach Bedarf fortzuschaffen sind, durch leere, mittels Kalkanstrich desinfizierte Tonnen zu ersetzen sind, aufgestellt werden. Die Tonnen sind durch Eis- und Stroh Bretter zu verdecken.

Bei freier, von Wohngebäuden entfernter Lage der Baustellen kann die Herstellung einer Erdgrube gestattet werden.

5. Bei den für die Arbeiter bestimmten Aborten ist ein Piffut anzulegen. Außerdem ist in jedem Geschloß der Bauausführung ein Urinometer aufzustellen.

\* Nach Lage der örtlichen Verhältnisse kann auch bereits jü- weniger als 10 bauern beschäftigte Personen die Herstellung von Unterkunftsräumen und Aborten gefordert werden.

6. Die Unterkunftsräume und die Aborte sind in stets reinlichem Zustande zu erhalten.

Die Urinometer und die Behälter für die Urine sind nach Bedarf, mindestens täglich, zu entleeren. Die Aborte sind nach Erfordernis zu desinfizieren.

7. Auf jeder Baustelle ist gutes Trinkwasser bereitzustellen.

8. Vom 1. November bis 1. April \* dürfen Stukkateur, Maler, Putzer- und Tüpfelarbeiten in Neubauten und solchen Umbauten, die diesen gleichartigen sind, nur dann ausgeführt werden, wenn die Räume, in denen gearbeitet wird, durch Türen und Fenster verschlossen sind.

Die nur vorläufige Anbringung derartiger Verschlässe ist für genügend zu erachten.

Erforderlichenfalls kann von der Polizeibehörde angeordnet werden, daß die Räume, in denen gearbeitet wird, erdfeuert werden.

9. Die Verwendung von offenen Kottkellern im Innern eines Hauses ist verboten.

Der Erlass ist ein kleiner Erfolg der Petition, welche im Februar d. J. an das Ministerium der öffentlichen Arbeiten gerichtet wurde. Die Kollegen in Preußen werden nun dafür Sorge tragen müssen, daß diese Erweiterung des städtisch-sanitären Schutzes auch in den Lokalverordnungen aufgenommen wird. G. H.

\* In einzelnen Teilen der Monarchie mit strengeren Tempera- turverhältnissen kann der angegebene Zeitraum noch weiter aus- gedehnt werden.

## Christlicher Familienterror.

Daß die Zentrumschriften alle List, den Betrug und den Terror anwenden, um Arbeiter in die christliche Gewerkschaft hineinzu- pressen, ist bekannt. Werden diese Agitationsmittel den Fremden gegenüber schon in intoleranter Weise zur Anwendung gebracht, mehr noch bei den Familienangehörigen. Es gibt viele Tausende Familien in Deutschland, in denen der „riebe auf immer geführt worden ist, weil die gewerkschaftlichen u. . . politischen Anschauungen der einzelnen Familienangehörigen auseinandergingen. Aber in den meisten Fällen steht es so, daß der Streit angefaßt und bittiert wurde von Personen, denen die Intoleranz und der Fanatismus geradezu anerzogen wird. Man denke nur an die Beeinflussung katholischer Arbeiter und Familien durch die Sozialisten, wie oft hört man Arbeiter klagen, daß sie nicht in die freien Gewerkschaften eintreten können, um des lieben Familienfriedens willen. Hunderte Beispiele sind schon in der Presse veröffentlicht worden, die zeigen, wie aufgeheute katholische Frauen und Arbeiter sich lieber auf immer von ihren andersdenkenden, selbst nächsten Verwandten trennen, als mit diesen unter einem Dache zusammen zu leben oder sonntags zu verkehren. Am schlimmsten macht dieser aufgeheulte Fanatismus sich bemerkbar nach den Osterzeiten oder wenn Mis- sionen stattgefunden haben. Dann gibt es fast überall Panik und Streit in solchen Familien, wo freigeistliche oder sozialdemo- kratische Arbeiter mit ihren frommen Geschwistern oder Eltern zusammenwohnen. Frauen sind dann systematisch gegen ihre Männer, Eltern gegen ihre Kinder, Geschwister gegen Geschwister aufgebe- telt worden. Diese Aufregungsbardet pflanzt sich in der zentrumschris- tlichen Presse fort. Auch die christlichen gewerkschaftlichen Zeitungen beteiligen sich daran. So lesen wir in Nr. 24 der christlichen Gewerkschaftsblätter einen Artikel unter der Überschrift Unangebrachte Freiheit, in dem die Eltern aufgefordert werden, ihre Kinder in die christlichen Gewerkschaften hineinzuweisen. Es heißt da u. a.:

„Bei der Frage, wie sich ein organisierter Vater zum Anschluß seiner erwerbstätigen Kinder an die Gewerkschaft zu stellen hat, handelt es sich in vielen Fällen darum, ob man den Kindern die Organisationsrichtung (christliche, sozialdemokratische oder sächs- dundersche) freistellen soll. So sehr wir jedem richtigeren Or- ganisationszwang fernsehen, so ungewissheit ist es doch für uns, daß es eine unangebrachte Freiheit sein würde, wollte man unerfah- renen Jugendlichen die Entscheidung über die Organisationsrichtung überlassen. Wofür hat denn schließlich der Vater seine Erfahrung, wenn nicht zur Beratung seiner Kinder? Und wo ist Beratung wichtiger wie gerade auf diesem Gebiete, wo es sich darum handelt, die noch nicht fertige, sondern erst in der Bildung begriffene Ueber- zeugung der Jugendlichen an den Klippen vorbeizulenken, deren Gefährlichkeit man selbst in einem langen Leben erkennen gelernt hat? . . . Wir sagen im übrigen geradezu, wer als christlicher Ge- werkschaftler organisationsfähige Kinder hat und sie nicht den christlichen Gewerkschaften zuführt, verflüchtigt sich an seiner Sache. Denn was nutzt alle Ueberzeugung, wenn sie nicht praktisch be- tätigt wird?“

Wir sehen, christlich organisierte Väter werden gegen ihre Kinder losgehetzt. Der Vater mag mancherlei Erfahrungen gemacht, aber die schlechtesten Erfahrungen aus diesen Erfahrungen und aus dem Leben gezogen haben, gleichgültig, er hat die väterlichen Ge- waltsmittel gegen seine Söhne anzuwenden, die nicht so denken wie er. Wo würde die Arbeiterkassette heute stehen, wenn nach solchen Max- imen die Weltgeschichte und die Familien geleitet wären?

## Korrespondenzen.

Notiz. Am 31. August fand bei Witwe Reichel unsere Monatsversammlung statt, die mittelmäßig besucht war. Auf der Tagesordnung standen drei Punkte. Bei Punkt 1 erstattete der Vorsitzende Koll. Vogel Bericht von dem am 17. August tagenden Bezirkskongress, welche in Notiz betreffs der Ortsamtsantelle statgefunden hat. Der Vortrag des Koll. Vogel wurde mit Bei- fall aufgenommen. Bei Punkt 2 Betriebsangelegenheiten entspann sich eine lebhafteste Debatte. Dem Koll. Joseph Beck mußte vom Vorsitzenden die Türe geschlossen werden. Da bei Punkt 3 Beschlüssen nichts Besonderes vorlag, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Mittheilung. Seit 20. August wird bei der Firma Reuter getreift. Bisher wurde bei der Firma im wilden Alford gearbeitet mit Aus- nahme einiger Arbeiten, die im Stundenlohn mit 60 Pf. bezahlt wurden. Daß es bei dieser Arbeitsweise oft zu Zankereien kommt, kann sich jeder denken. Dazu kam in letzter Zeit noch Steinmangel, worauf dann manchen Tag ein Lohn von 2,50 Mk. bis 3 Mk. ver- dient wurde. Hierbei kam es zu Reibereien auf Seiten des Meisters, die nicht mehr schön waren. J. B. sagte der Meister zu einem Kollegen als er fertig war: „Ich bin auch fertig, geh hin, mach blank.“ Trotzdem er ruffte, daß dieser noch nicht blank gemacht hatte. Anstatt nun solche Mißstände zu beseitigen und einige Kol- legen aufzuheben zu lassen, wurden immer noch welche dazu eingestell- t. Hieraus kam die Sperre. Der Meister wurde aufmerksam gemacht, man bekam zur Antwort: „Wem's nicht paßt, kann gehen.“ Außer- dem sagte Herr Reuter, er habe nur Lehrlinge. Es sind aber Kollegen schon jahrelang bei der Firma beschäftigt. Jetzt wurde von den Kollegen ein Brief an Herrn Reuter gerichtet, worin ihm mitgeteilt wurde, daß die Firma für 60 Pf. Stundenlohn garan- tieren solle. Es verging eine Zeit von 8 Tagen, ehe man erfuhr, daß nichts bewilligt wurde. Hierauf kündigten die Kollegen. Doch schon vor Ablauf der Kündigung fanden sich 4 Arbeitswillige, ein- schließlich 2 Lehrlinge, wodurch die Firma schon etwas abgedeckt ist.

Selb. Am Sonnabend, den 30. August, tagte unsere Mitglieder- versammlung, die gut besucht war. Nach Aufruf der Mitglieder gab der Kassierer die Abrechnung vom 2. Quartal. Der Abschluß ist ein günstiger. Kollege Hoffmann berichtete sodann in eingehender Weise über die bevorstehenden Wahlen zur Ortsamtsantelle; diese Wahlen sind für die Arbeiterkassette außerordentlich wichtig. Zum 2. Punkt verlas der Vorsitzende ein Schreiben des Bauleiters be- treffs der Zusammenkunft der Arbeiterkassette; anschließend an die Zusammenkunft mit der Anstellung eines Bezirksleiters steht. Die einzelnen Redner erkannten die Notwendigkeit einer Verschmel- zung an und gaben der Hoffnung Ausdruck, daß dies von den Kollegen erkannt werden möge im Interesse der Steinarbeiter im Reichsgebiet. Partikuläre Ansichten müssen bei Orts-

\* Aus den Annalen für Sozialpolitik und Gesetzgebung.

ung und Verwirklichung dieses notwendigen Problems zurückzuführen. Die Abkündigung über diesen Antrag erfolgt auf den Werkplätzen. Unter verschiedenen über das Verhalten des Werkmeisters Videl einer Kritik unterzogen. Schon im Jahre 1911 wurde die Firma Videl durch Entziehung des Schiedsgerichts verwiesen, daß dieser die Anshandlung der Werkzeuge mit Preisangaben innerhalb drei Tagen erfolgen müsse, wie dies auch die Bestimmungen des Tarifes befehle. Bei den betreffenden Schiedsgerichtsverhandlungen in Hof erklärte Herr Wilhelm Reich, daß er dafür Sorge trage, daß Videl diese Werkzeuge prompt den Arbeitern ausshändige. Geht man nun mit Rücksicht, daß in dieser Hinsicht eine Besserung nicht eintritt ist. Im Gegenteil, am Schluß der Woche werden die Werkzeuge verteilt, und es ist mancher Kollege, der 6 bis 7 Zettel erhält, die größere oder kleinere Differenzen im Lohne aufweisen. Bei solchen Reklamationen beginnt ein Feilschen und ein Pandeln um den tariflich feststehenden Lohn, daß unter solchen Umständen mancher Kollege auf weitere Reklamation verzichtet. Den Kasernenholtern, den Herr Videl gut beherrscht und den er gegenüber unsern Kollegen anschlägt, ist nicht angebracht. Wünscht Herr Videl dennoch eine Betätigung in solcher Weise, so mag er dies in seinem Gehaltskreis tun, unsere Kollegen hätten dagegen nichts einzunehmen. Auf Grund dieser Beschwerden wurde ein Antrag angenommen, den Vorsitzenden des Verbandes der Granitindustriellen des Reichsgebietes eine Darstellung dieser für unsere Kollegen unerträglichen Zustände zu geben.

**Stufen.** Den Feiern des „Steinarbeiters“ wird es gewiß schon aufgefallen sein, wie oft wir uns in der letzten Zeit mit dem hiesigen Marmorwerk beschäftigt haben. Mit welcher Strapasselosigkeit hier gegen die Arbeiter vorgegangen wird, dies beweist wieder der folgende Fall. Während der Saison wurde den Kollegen, die eingestellt wurden, alles mögliche versprochen, wie dauernde und angenehme Beschäftigung und was dergleichen schöne Sachen mehr sind, die von den Unternehmern den Arbeitern aufgeschwatzt werden, wenn sie diese notwendig brauchen. Raum sind jetzt hier die notwendigen Bauten fertiggestellt, sind schon zwei Kollegen gekündigt worden mit dem Bemerkten, daß jetzt Arbeitsmangel herrsche! Dies soll wahrheitsgemäß der Dank sein, daß die Kollegen bis jetzt täglich 2 bis 6 Ueberstunden (?) gemacht haben. Sollten einige Kollegen von der hiesigen Betriebsleitung Arbeitsangebote erhalten, so bitten wir dieselben, diese unberücksichtigt zu lassen und sich bei den hiesigen Vertrauensmännern brieflich Auskunft zu holen, damit es ihnen nicht ebenjo geht wie den andern Kollegen.

### Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Der Kollege August Pfeiffer aus Oberhausen (Verb.-Nr. 16378) hat seine Karte in Elberfeld zurückgelassen. Eine neue Karte darf nicht ausgestellt werden.

Auf wiederholte Anfragen wird darauf verwiesen, daß im Ausland bezogene Reiseunterstützung auf die Gesamtsumme der zu beziehenden Unterstützung selbstverständlich in Anrechnung gebracht werden muß.

Die Kollegen Wilian Schneider aus Kirchheim (Verb.-Nr. 16720) und Valentin Weber aus Kirchheim (Verb.-Nr. 31295) haben in Heilbronn sich mehr Reiseunterstützung ausshändigen lassen, als ihnen laut Statut zusteht. Trotz Protestes der ausshändigen Wirtin haben die Betreffenden ihre Forderung durchgesetzt. Der Verbandsvorstand ersucht, den beiden Kollegen die Reisekarten abzuziehen und an den Vorstand einzuliefern. Auf keinen Fall darf auf diese Karten noch Reiseunterstützung ausbezahlt werden.

### Rundschau.

#### Ein feines Trio!

Der evangelisch-konservative Reichsbote, die antisemitische Staatsbürgerzeitung und die ultramontane Germania in trautem Verein als Präsidanzianten; das ist die neueste Blüte im gefährlichen Kampf gegen die „Vollstuforg“. Da man mit jachlichen Mitteln der Einführung der gewerkschaftlich-gesellschaftlichen wirtschlichen Volksversicherung, wie sie zum Kerger der kapitalistischen Versicherungsgeellschaften und der Segner jeder Selbsthilfeaktion des arbeitenden Volkes durch die reichsamlich genehmigte und beaufsichtigte „Vollstuforg“ dem ganzen Volke ohne Unterschied seiner politischen und religiösen Anschauungen zur Verfügung gestellt wird, nicht wirksam entgegenzutreten kann, versucht man es mit dem Mittel der Denunziation bei den Behörden. Die Staatsbürgerzeitung hat's erdacht, der Reichsbote plappert's nach und die fromm-christliche Germania in ihrem Eifer im Kampf für Wahrheit, Freiheit und Recht unterstreicht es, daß zwei bürgerliche, parteilose Zeitungen, die Feuerbacher Zeitung und das Münchener Tageblatt, von denen die erste „städtisches Amtsblatt“ sei und das letztere den Untertitel „Organ für nationale Interessen“ mit Stolz trage — man höre und staune — der „gewerkschaftlich-gesellschaftlichen Versicherungsaktiengesellschaft“ „Vollstuforg“ Vorhubs leisteten. Die Feuerbacher Zeitung habe am 13. August 1913 einen umfangreichen Artikel und eine Anzeige für die „Vollstuforg“ publiziert, in derselben Nummer, in der auch eine Anzeige des „Proviantsamts Stuttgart“ veröffentlicht worden sei. Im Münchener Tageblatt sei sogar der Bericht über eine Vertammlung des Konjunkturvertrags ohne ein Wort der Kritik erschienen!

Diese wehrschützenden Veröffentlichungen begleiten die drei edlen Organe gleichsam mit folgender, geschmackvoller Denunziation:

Diese bürgerliche Charakterlosigkeit kann nicht schwer genug verurteilt werden, zumal sie der nationalen gemeinnützigen Deutschen Volksversicherung „V.“, die sich bereits kräftig entwickelt, den Kampf gegen die „Vollstuforg“ hart erschwert. Es würde sich empfehlen, wenn die Behörden ein achtames Auge auf solche Vorgänge hätten und bei der Vergebung ihrer Anzeigen dafür sorgten, daß sie nicht in eine Nachbarschaft geraten, die ihnen harm angetan sein kann.“

Man wissen die Behörden, was sie zu tun haben. Sie hätten, wie ihre drei Auftraggeber, den Kampf gegen die „Vollstuforg“ selbst unter Schädigung der ihnen zur wirtschlichen Wahrung übertragenden Interessen ihres Amtes zu führen. Sie müßten wenigstens ein gemeinnütziges Institut, das reichsamlich genehmigt und kontrolliert wird, bekämpfen unter partieller Verletzung der gesetzlich garantierten Pressefreiheit!

Eine solche Charakterlosigkeit warten die drei haatserhaltenden Vorkämpfer des Reichs- und Landesbesitzes zu! Die Behörden und die unabhängigen bürgerlichen Zeitungen des Reichs werden die Denunziationen ablehnen, und die „Vollstuforg“ wird sich selbst zu helfen — trotz solcher charakterlosen Bekämpfung — denn noch gilt überall der alte Satz von Denunzianten!!

**Das Härden von Marmor.** In der Notiz des „Steinarbeiters“ in Nr. 24 der Briefkasten unter „Hornöfurn“, betreffend Härden von Marmor, ist folgendes angegeben: Bevor man das Härden eines Marmorstückes unternehmen, muß letzteres erst einer Behandlung durch Wasser, Wasser, Wasser ausgesetzt werden und durch Schleifen eben und glatt, also zum Schleifen fertig sein. Denn nach der Härdung kann es dem betreffenden Gegenstande keine weitere Arbeit als die des Schleifens vorgenommen werden. Zur Härdung des Marmors wird ein besonderes, einwandiges Eisenblech, wie es z. B. von der Firma „Härtung“ zu beziehen ist, verwendet. Die Härdung erfolgt in Wasser. Der zu härdende Marmor muß aber erwärmt werden. Nach erfolgter Härdung wird der Marmor mit Wasser abgewaschen und mit der Hand aufgetupft; es findet dann die Aufhängung des Härdbleches in den oberen Schichten statt. Die zu härdende Fläche kann dann poliert werden. An Schleifmaschinen und Schleifsteinen der art ist Marmor nicht zu härden. Bei Marmor, der mit dem rein weißen einer solchen Prozedur zu unterziehen, die Härden, welche zu besonders schön auf Marmor auszuweisen, dienen des Autors, das Amortisieren, des Härdenblechs und des Marmors. Die Härde bringt 4 bis 7 Millimeter ein. Ich habe diese Härde aus dem Buch: „Der Marmor“ von Weber, neu

bearbeitet von R. Klein. (Verlag V. J. Bögel, Leipzig.) Ich habe die Mittel probiert und das Ergebnis hat sich bewährt. Dieses Buch kann ich jedem Marmorarbeiter empfehlen.

W. Schäfer, Offen.

**Ein Justizpriester.** Vor der Strafkammer in Regensburg stand am Mittwoch der frühere Pfarrer Georg Münster aus Pöschdorf unter der Anschuldigung, 150 000 Mark unterschlagen zu haben. Münster war Mitinhaber des ehemals Sieglischen Bayerischen Vaterlands und einer der fleißigsten Mitarbeiter dieses Blattes, dem er Briefe von der Donau lieferte. Der jetzt 42 Jahre alte Angeklagte hatte verschiedene Kassen zu verwalten, und die vorgenommenen Revisionen ergaben stets die völlige Korrektheit seiner Geschäftsführung. Bis einmal eine unvermutete scharfe Revision stattfand, die ergab, daß Münster große Unterschlagungen verschuldet hatte. Am 27. Februar 1910 nahm er die Summe von 18 000 Mk. und brante mit seiner Köchin durch. Er lebte dann zuerst in Griechenland und ging dann nach Frankreich, wo er als Zechpreller verhaftet, bestraft und dann nach Deutschland ausgeliefert wurde. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten sechs Jahre Gefängnis, das Gericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von vier Jahren und rechnete zwei Monate der Unterbringungshaft an. — Der Herr Pfarrer war auch eine große Zentrumsleuchte vor dem Herrn. Jetzt ist dieser Streiter für Wahrheit und Recht auf einige Jahre unschädlich gemacht.

**Eine gesprungene Schurcheibe.** In Reichenbach (Odenwald) sprang im Betriebe der Deutschen Steinindustrie von der Schurcheibe ein Stück, wobei der Arbeiter Adam Bissch sehr schwer verletzt wurde. Es scheint ein Materialfehler vorgelegen zu haben. Die Scheibe hatte eine Stärke von 4 Zentimetern.

**Schrecklicher Unglücksfall.** In Palla (Schlesien) geriet der Marmorträger Franke in die Transmission. Er wurde sehr schwer verletzt.

## Kollegen! Seid unausgeseht tätig für Eure Organisation!

### Quittung.

Eingegangene Gelder vom 1. bis mit 8. September.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosentmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate).

Hausen, Ins. 3.—, Alstedt, B. 3.—, Eiben, B. 4.—, Neustrelitz, B. 4.50, E. 0.50, Reichenbach (Obr.), B. 4.80, K. 0.20, Stabe, B. 0.60, K. 0.20, Zerbst, B. 20.40, Div. 0.10, Arnstadt, B. 48.—, K. 10.50, Dangig, B. 61.60, K. 0.70, Schwerin, B. 95.76, E. 0.50, K. 0.70, Greiz, B. 77.25, K. 20.—, M. 1.20, Hemsbach, B. 57.—, Nürnberg, B. 1000.—, K. 100.—, Sparned, B. 120.—, Leipzig, Ins. 2.—, Einbeck, Ins. 2.—, Waltershausen, B. 4.80, Hörtig, Ins. 1.20, Weissen, Ins. 5.—, Jannowitz, Div. 5.40, Kellinghufen, Div. 0.20, Artern, B. 2.—, Krangeg, B. 4.—, Falkenstein, B. 4.20, Div. 0.30, Mottenbuch, B. 4.80, K. 0.10, Dittelsdorf, B. 12.40, Nienburg, B. 20.40, Wilsbmann, B. 210.—, Wiesbaden, B. 175.—, Pöfen, B. 100.—, Hannover, B. 238.—, Hemsbach, B. 146.80, K. 8.—, Bayreuth, B. 126.—, Crawinkel, B. 70.—, Eiterhagen, B. 6.80, K. 0.70, Hannover, B. 149.60, K. 10.—, Gasserode, B. 420.—, K. 110.—, Marttleuthen, B. 68.—, K. 16.50, Hammelsbach, B. 188.—, Jzehoe, B. 8.40, Jtensburg, B. 87.80.

K. 0.50. Neustadt, B. 1.20, K. 0.50. Gäßlich, B. 424.80, E. 2.—, M. 0.20.

Subwig Geist, Kassierer.

Selbstbungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer Subwig Geist, Leipzig, Reiger Straße 32, IV, zu abshändigen. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, für was das Geld bestimmt ist.

### Allgemeine Bekannmachungen.

**Kupferbruch.** Dem Kollegen Haberlag Otto aus Jfenburg ist keine neue Karte auszustellen, da er seine Interimskarte in Unordnung hier zurückgelassen hat. Der Kollege Joseph Weiringer möge seine Adresse an mich einschicken, es handelt sich um Geld, was ihm zusteht.

H. Marklein, Kassierer, Hauptstr. 267.

**Mühlhausen-Langenfala.** Im hiesigen Bezirk herrscht momentan ein schlechter Geschäftsgang, große Entlassungen haben in beiden Jahrestellen stattgefunden. In Langenfala arbeiten zurzeit nur noch 16 Kollegen und in Mühlhausen stehen noch weitere Entlassungen bevor. Dies den arbeitenden Kollegen zur Kenntnis, Mühlhausen (Elst.). Die Vertrauensleute werden ersucht, mir die Adresse des Kollegen Michael Ronauer zu übermitteln. Ernst Haft, Uffholzerstr. 30.

**Münster (Westfalen).** Das Mitgliedsbuch Nr. 18845 auf den Namen Heinrich Wlott ist verloren worden. Vor Mißbrauch wird gewarnt. Beim Vorzeigen wolle man es an die hiesige Bahnhofsverwaltung einliefern.

Strahburg (Eif.). Bitte die Vertrauensleute um Angabe der Adresse vom Kollegen Anton Gattun. Fr. Leuz., Kassierer.

### Adressen-Änderungen.

Bodum, Kass.: Cornelius van der Knyp, Grabenstraße 24, Dürensdorf, Kass.: Joseph Wolf, Geberschweier, Post: Adolf Vorburger, Böcklinhofen, Kass.: Kaver Sauer, Böcklinhofen, Reg. Post: Johann Scheraz, Genbarmstr. 5, Okerwald, Kass.: Fritz Lübeck, Benstorf (Kreis Hameln).

### Verammlungskalender.

#### Mitglieder-Versammlungen

Halle a. S.: Dienstag, den 16. September, abends 8 Uhr. Kamens: Sonntag, 14. September, nachm. 8 Uhr, im Bwem.

**Lichtbilder-Vorträge** finden statt in Eiterhagen: 13. September, abends 7 Uhr, bei Koll. Baumann, Weilerode: 17. September, abends 7 1/2 Uhr, bei Holzappel, Adelebsen: 18. September, abends 7 1/2 Uhr, Gasthof Müller.

#### Briefkasten.

**Schmallalben.** Die Karte sind abgeschriben worden. — Heilheim. Zuverlässige Adressen sind uns unbekannt. — Roskod. Eingeleiter zu spät ein. — Neulaged. Warum keinen Namen unter der Mitteilung? Stempel allein genügt nicht. — Darmstadt. Nur stahl Die Adresse von Rod ist hier geführten, das genügt doch! Bei der Neuauflage des Verzeichnisses kommt es schon heraus! — Gietlin. Wir haben bei uns keine Abonnenten. Die begehren es durch die Post. Deren Namen kommen nicht zu unserer Kenntnis.

## Anzeigen

**Zahlstelle Elberfeld-Barmen.**  
Sonntag, den 21. September 1913, nachmittags 5 Uhr im grossen Saale des Viktoria-Theater, Döppersberg

# 15. Stiftungs-Fest

bestehend in Vokal- und Instrumental-Konzert, turnerischen Auführungen mit nachfolgendem Gr. Football.

Mitwirkende:  
Sängerchor, Elberfeld, Mitgl. d. Deutschen Arb.-Sängerbundes.  
Turnverein Germania, Elberfeld, Mitgl. d. Arb.-Turnerbundes.

Karte im Vorverkauf 25 Pfg., an der Kasse 30 Pfg.

Alle ehemaligen Kollegen und Mitbegründer unserer Zahlstelle sind herzlich eingeladen.

Das Festlokal liegt 2 Minuten vom Hauptbahnhof Döppersdorf.

Das Festkomitee.

**Zahlstelle Demitz-Thumitz.**  
Sonntag, den 21. September

# Gewerkschaftsfest

verbunden mit Konzert, Kuchen-Verlosung, Tombols und Preisschiessen im Gasthaus Zur Erholung, Thumitz.

Die Kollegen von Demitz-Thumitz und Umgebung sind hierzu freundlichst eingeladen.

Das Komitee.

Neuheit für Steinmetzen!

# Stockhammer

mit auswechselbaren Zahnflächen „Simplon“-Stockhammer.

Prospekte gratis.

Albert Baumann, Aue (Erzgeb. 16)

Härtwerk und Werkzeugfabrik.

# Schürzen

Hausmacherleinen, 100 und 115 cm breit. Schürzenstoffe in allen Breiten, Jodetis, Leder- und Stoffschürzen in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert

## Emil Keidel

Spezial-Geschäft in Berufskleidung

Eigene Anfertigung.

Hamburg 6, jetzt Bartolsstrasse 93.

**2-3 gewandte Handfleher**  
für Marmor (Kanten) von größerem Marmorwerk Süddeutschlands gesucht. Angebote unter 100 an die Expedition des Steinarbeiter.

**Tüchtige Steinmetzen**  
auf schwedischen Granit und Gneit werden für dauernde Arbeit angenommen.

Granit- u. Gneitwerke Frohmann & Co., Reinheim (Hessen).

**Pflastersteinbossierer**  
für Groß- und Kleinpflaster und dauernde Beschäftigung stellt ein

Willy Stein, Steinbruchbesitzer Lommatszsch 1. Sa.

**Tüchtig. Werkzeugschmied**  
sowie

# 8-10 Pflastersteinhauer

sosort auf lohnende und dauernde Arbeit gesucht.

Joseph Dorfner, Clausnitz, Bez. Leipzig Markersdorfer Granitbrüche.

**Pflastersteinhauer**  
für dauernde Arbeit gesucht. Bezahlung nach Tarif.

Johann Lehnere sen., Neusatz (Baden).

**Pflastersteinhauer und Reinarbeiter**  
(sehr tüchtiger Granit) für dauernde Arbeit gesucht. Bezahlung nach Tarif.

Andreas Mirtschink, Sulzern, Elb. Ministerial.

# Erklärung.

Ich, Alois Leibl in Asch (Böhmen), bebaure, den vorliegenden Hofmann beleidigt zu haben, so auch den andern Fehler. Werde niemals wieder gegen Kollegen herartig vorgehen.

Alois Leibl, Steinmetz.

# Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.)

In Benstorf (Osterwald) am 25. August der Sandsteinmetz Karl Schmann, 85 Jahre alt, an Lungen- und Nephropis-Tuberkulose.

In Dresden am 6. September der Sandsteinmetz Johann Desterreicher, 40 Jahre alt, an Lungenerkrankung.

In Raulbronn am 1. September der Sandsteinmetz Karl Jint, 83 Jahre alt, an Tuberkulose.

In Nürnberg am 30. August der Brecher Paul Strobel, 88 Jahre alt, an einem Herzensleiden. — Ebenfalls am 1. September der Sandsteinmetz Johann Abraham, 46 Jahre alt, an Tuberkulose.

In Schwarzenbach am 6. September der Granitschleifer Wolfgang Reisch, 54 Jahre alt, an Lungenschwindsucht.

In Laubenheim (Zahlfeldle Ebbau) am 4. September der Granitschleifer Ernst Adler, 81 Jahre alt, an Lungenerleiden.

Ehre ihrem Andenten!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig. Verlag von Paul Starke in Leipzig. Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.